

Schulzeitung.

Pädagogische Wochenschrift.

Organ des Schlesischen Lehrervereins, des Pestalozzi-Vereins für die Provinz Schlesien sowie
des Schlesischen Turnlehrer-Vereins und des Schlesischen Lehrervereins für Naturkunde.

No. 8.

Breslau, den 24. Februar 1910.

39. Jahrgang.

Inhalt: Der Landlehrer. — Zur Schulaufsichtsfrage. — Wohnungsgeldzuschußgesetz für Preußen in Sicht. — Universitätsstudium der Volksschullehrer. — Für die Errichtung einer pädagogischen Akademie. — Die Chemie in der Schule. — Die Zahl der Turnstunden. — Probleme der Jugendfürsorge. — Das Lehrerinnenseminar. — Aus den Jahresberichten der Zweigvereine. — Wochenschau. — Mitteilungen. — Amtliches. — Vereinsnachrichten. — Vermischtes. — Rezensionen. — Vakanzen. — Briefkasten — Anzeigen.

Der Landlehrer.

Eine große deutsche Lehrerzeitung ist leider wieder einmal genötigt, gegen einen dummen Witz des „Berl. T.“ Stellung zu nehmen, der von „dem linkischen, unbeholfenen Dorfschulmeister“ redet. Und in der Tat muß man sich darüber wundern, daß ein Organ der freisinnigen Partei, der doch immer noch so viele Landlehrer treu geblieben sind, derart geringschätzig von diesem Teile des Volksschullehrerstandes redet. Linkische und unbeholfene Leute haben wir in jedem Stande, und mancher hat mit solchen Leuten lieber zu tun als mit aalglatten Salonmenschen. Wenn nun aber gerade „der Lehrer im weitesten Sinne“ nach der Meinung gewisser Witzblätter besonders viele linkische und unbeholfene Vertreter aufzuweisen hat, warum nennt das „B. T.“ gerade die Dorflehrer? Ich glaube, hier liegt nicht eine bedauerliche Entgleisung vor, sondern der Ausdruck, noch dazu in Verbindung mit der Personalbeschreibung eines verhafteten Berliner „Tanzdirektors“, zeigt, daß man selbst in „aufgeklärten“ freisinnigen Kreisen den Dorflehrer auch heute noch verachtet und verächtlich macht, trotzdem man sonst vom Volksschullehrer an sich mit Achtung zu reden sich bemüht. Der Dorflehrer ist eben nicht Lehrer, sondern nur Dorflehrer!

Ob sich diese geringschätzende Beurteilung bald überlebt haben wird? Ich glaube es nicht; leider kann ich es nicht glauben. Ein Zugeständnis allerdings muß man diesen Beurteilern wohl machen: Sie verachten den Dorflehrer, nicht so sehr, weil er Lehrer ist, als weil er auf dem Dorfe wohnt. Das Dorf und die dörflichen Verhältnisse sind gegenüber der Großstadt und ihren Zuständen in vielen Beziehungen stark zurückgeblieben und bleiben immer mehr zurück; besonders Osterbien mit gewissen ihm eigentümlichen Gepflogenheiten (eigenartige Steuereinschätzung, mangelnde Preß-, Rede- und Versammlungsfreiheit, die Art der Ausführung der Wahlen zum Reichstage und Landtage usw.) haben in dem intelligenten Teile der Bevölkerung die Überzeugung fest gegründet, daß „das Dorf“ schuld daran ist, daß eine Besserung unserer gesamten Zustände so überaus langsam vor sich geht. Und in den großen Topf, in den man nun alle Stände der dörflichen Bevölkerung wirft, um sie mit der ätzenden Lauge des Spottes und der Satire zu übergießen, muß auch der Dorflehrer mit hinein. Man ahnt, da man seine Lage viel zu wenig kennt, gar nicht, wie ungerecht man gegen ihn ist. Da sich nun aber in unabsehbarer Zeit die dörflichen Zustände nicht bessern werden, so wird auch die Beurteilung des Dorflehrers

durch die großstädtischen Volkskreise nicht bald eine günstigere werden.

Ein Beweis dafür, wie wenig die politischen Kreise, die dazu besonders verpflichtet wären, dem gesamten Lehrerstande kräftig beizustehen, gewillt sind, gerade dem Landlehrer zu helfen, bietet das Verhalten der liberalen Presse gegenüber der geplanten und der Verwirklichung sich nähernden gesetzgeberischen Aktion, die man mit dem harmlos klingenden Namen Dezentralisation bezeichnet. „Es ist bedauerlich“, klagte schon im vergangenen Sommer die „Neue westdeutsche Lehrertg.“, „daß die politische Publizistik, die mit Erörterung unserer verworrenen inneren Verhältnisse vollauf beschäftigt ist, gegenwärtig nicht Zeit findet, der einschneidenden Umgestaltung, die sich als Verwaltungsreform einführt, genügende Aufmerksamkeit zuzuwenden.“ Hat sich seitdem in diesem passiven Verhalten unserer gesamten liberalen Presse etwas geändert? Nein, sie schweigt noch heute. Und weiß sie vielleicht nicht, was geplant ist? Die Schulabteilungen bei den Königlichen Regierungen sollen aufgehoben werden, und ein großer Teil ihrer Befugnisse soll den Landräten überwiesen werden. Schon von jeher haben die Konservativen gegen die Schulabteilungen gewettert; erst am 24. Mai 1909 war Herr Ministerialdirektor Schwartzkopf genötigt, im Herrenhause zu erklären: „Mit Entschiedenheit aber muß ich die Behauptung des Vorredners (des Landesdirektors a. D. Dr. Freiherrn v. d. Goltz) zurückweisen, daß die Schulabteilung sich keines Ansehens in der Bevölkerung erfreue. Freilich hat die Schulabteilung eine sehr undankbare Aufgabe; aber wenn man berücksichtigt, daß die Schöpfungen des preußischen Volksschulwesens im wesentlichen der Tätigkeit jener Männer zu danken sind, die in der Schulabteilung wirken, so darf man ihr nicht das Mißtrauen aussprechen.“ Hier steht im Parlamentsberichte nicht das Wort „Beifall“ verzeichnet; aber gewiß hat jeder Landlehrer beim Lesen dieser Worte „Bravo!“ gerufen. Wie hat es jeder von uns bedauert, daß der allmächtige Bismarck seinen Dank an seine „getreuen Bundesgenossen“ nicht besser zu betätigen wußte als durch das „Handschellengesetz“ vom 26. Mai 1887, das Gesetz gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Regierungs-Schulräte“. Wir Landlehrer haben uns wohl gefühlt in unserer Stellung unter der Regierungs-Schulabteilung; wir wußten, daß jede Behörde die Dinge von einer um so höheren Warte aus beurteilt, je höher sie selber steht. Wer mir hier gewisse bedauerliche Einzelfälle entgegenhalten will, dem muß ich sagen, daß sie mir auch bekannt sind; aber wenn erst der ohnehin enorme Einfluß des preußischen Land-

rats auch auf Landschule und Landlehrer ausgedehnt werden wird, und noch dazu in so überaus weitgehender Weise, dann werden uns erst die Augen übergehen; dann werden wir es erst so recht erfahren, wie sehr der Mann recht hatte, der einst sagte: „Es gibt auf der ganzen Erde keinen Mächtigeren, als den preussischen Landrat!“ Der preussischen Volksschule hat nie eine größere Gefahr gedroht als jetzt. Wenn aber diese „Dezentralisation“ durchgeführt sein wird, dann wird trotz der Gehaltsaufbesserung der Zudrang zum Lehrerberufe wieder versiegen; und diejenigen Großstadtkollegen, über deren Fortzug aufs Dorf manche Lehrerzeitungen jetzt leider ein recht überflüssiges Geschrei machen, werden sich bald wegsehen von den ländlichen Gefilden und ihrer Kirchhofsruhe und Stagnation.

Es versteht sich von selbst, daß auch der Reformeifer anderer Beamten eingedämmt werden muß, nachdem die Schulabteilungen abgeschafft sein werden. Bereits rügte in der letzten Session das Herrenhausmitglied Graf von Roon den Übereifer der Kreisärzte. „Selbstverwaltung muß Selbstverwaltung bleiben!“ verlangte der hohe Redner. Selbstverwaltung, welch schönes Wort, und welche traurige Sachen! „Dat bliwt so, as es is!“ das ist die Parole. Und der Landlehrer wird immer mit selbstverwaltet, daß ihm Hören und Sehen vergehen. Zwar ist er im Dorfe einer der besten Steuerzahler, an vielen Orten der höchste, und wenn er erst 125 Prozent Kommunalsteuerzuschlag zahlt, dann steht er wohl gar höher zu Buche als der Hochwohlgeborene, der nicht „in“, sondern „auf“ wohnt. Aber zu sagen hat er nichts; das ist für ihn nicht standesgemäß. Er sitzt nicht in der Gemeindebehörde; er kann nicht wie der Förster oder der Wirtschaftsinspektor Amtsvorsteher werden; er kommt aus verschiedenen Gründen auch nicht in die Steuereinschätzungskommission, zum mindesten nur in ganz seltenen Fällen; nur hin und wieder ist ein Landlehrer Mitglied der kirchlichen Körperschaften; er kann nicht Schulverbandsvorsteher oder Vorsitzender des Schulvorstandes werden. Knapp, daß er im Schulvorstande sitzt; hier ist er allerdings seinem Stadtkollegen über, denn nur wenige Städte, besonders unter den sogenannten liberalen, haben in ihrer Schulbehörde genügend Volksschullehrer sitzen. Im Schulvorstande versucht man auch noch häufig, dem Lehrer die Teilnahme an Beratung und Abstimmung unmöglich zu machen, indem man diesen und jenen Beratungsgegenstand zu einem solchen stempelt, an dem der Lehrer persönlich beteiligt ist. Wenn irgendwo, so muß gerade hier der Lehrer fest bleiben; nur höchst selten wird es sich um eine den betr. Lehrer persönlich angehende Angelegenheit handeln. Fast immer handelt es sich um Sachen, die den Inhaber der Stelle berühren, und zwar nicht bloß den gegenwärtigen. Hier ist ein Nachgeben ein direktes Unrecht nicht nur gegen sich selbst, sondern auch gegen den Nachfolger und gegen den ganzen Stand. Der Lehrer muß in solchen Fällen, die häufig genug vorkommen, sofort protestieren, Beschwerde bei der Behörde einlegen. Hilft alles nicht, dann muß im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens eine Entscheidung herbeigeführt werden; die Rechtsschutzkommissionen stehen mit Rat und Tat in dieser eminent wichtigen Sache gern bei.

Überhaupt müssen gerade wir Landlehrer, die den großen und kleinen Gewaltigen des flachen Landes gegenüber eine so isolierte Stellung einnehmen, sorgfältig darauf bedacht sein, nicht gutwillig und tatenlos zuzugeben, daß unser Einfluß und unser Ansehen gemindert werde. Die Absicht, uns überall auszuschalten, ist bekanntlich allenthalben vorhanden, ebenso aber auch leider bei so manchem unserer Standesgenossen die Geneigtheit, im Interesse der Ruhe und des Friedens sich so manches gefallen zu lassen, das er sich ganz entschieden verbieten müßte. Zwecks allgemeinen und sachrichtigen Vorgehens sämtlicher Kollegen gelegentlich der verschiedenen Vorfälle des amtlichen und außeramtlichen Lebens müssen in jeder Sitzung des Lehrervereins immer wieder solche scheinbare Kleinigkeiten besprochen und das Verhalten der Kollegen ihnen

gegenüber festgelegt werden. Ich habe öfters den Eindruck, als wenn da manches noch im Argen läge.

Hier möchte ich einmal die Stellung der Lehrerschaft gegenüber den von manchen Geistlichen immer wieder angeordneten oder bloß gewünschten Geldsammlungen in den Schulen beleuchten. Es ist Tatsache, daß das Ansinnen an die Lehrer gestellt wird und daß die meisten nicht so viel Mut besitzen, es abzulehnen. Dabei sind wir, wenigstens im Bezirk Breslau, einfach zur Ablehnung verpflichtet, denn die Kgl. Regierung Breslau hat unterm 30. April 1875 verfügt: „Es ist neuerdings uns zur Anzeige gebracht worden, daß in einzelnen Schulen für religiöse Vereine von den Kindern Geldbeträge gesammelt werden. Infolgedessen nehmen wir Veranlassung, die Vornahme von Sammlungen unter den Schulkindern zu was immer für einem Zwecke strengstens zu untersagen. Abgesehen davon, daß diese Sammlungen un'er den Vorgenannten zu unangenehmen Belästigungen der Eltern führen, sind sie öfters die Ursache zur Befriedigung der Eitelkeit und des Hochmutes, indem solche Schulkinder, welche höhere Beiträge leisten, nur zu leicht Anspruch auf besondere Bevorzugung erheben zu dürfen glauben. Andererseits kann es als sicher angenommen werden, daß diejenigen, welche weniger oder gar nichts zahlen, den Druck der Armut um so tiefer empfinden.“ Diese Ausführungen, die besonders auch in pädagogischer Hinsicht so treffend sind (sie eignen sich deshalb auch vorzüglich zur Bekämpfung der gar nicht in die Schule gehörenden Schulsparkassen), zwingen uns, einfach jedes Ersuchen, Geld zu sammeln, rundweg abzulehnen. Die Verfügung ist nie aufgehoben worden. Wenn wir erst die Dezentralisation haben werden, dann

Dann wird wohl auch der Gemeindevorsteher sich ein paar Plätze vorsetzen dürfen. Ein schlesischer Landrat ist in dieser Beziehung schon bei der Dezentralisation angelangt. Im Kreisblatte und in den anderen kleinen Lokalblättern veröffentlichte er im vorigen Jahre des Heils eine Verfügung zum Schutze der Vögel. Was er da ausführt, ist ja ganz schön; aber das alles ist den Lehrern seines Kreises mindestens eben so bekannt wie dem Landrate. Gerade in der Frage des Tier- und besonders des Vogelschutzes ist die Lehrerschaft des betreffenden Kreises schon viel eher aufgestanden. Es ist wirklich nicht nötig, daß der Landrat die Gemeindevorstände „ersucht bzw. veranlaßt, dafür Sorge zu tragen, daß die Schulkinder seitens der Herren Lehrer über das Unstatthafte des Zerstörens der Vogelnester und Ausnehmens der Vogeleier oder Brut entsprechend belehrt werden.“ Ist dieses geradezu klassische „entsprechend“ nicht bloß ein schmückendes Füllwort, dann kann der Gemeindevorstand dem „Ersuchen bzw. der Veranlassung“ doch nur nachkommen, wenn er dem Unterrichte beiwohnt. Oder weiß jemand einen anderen Weg? Was so ein Gemeindevorstand alles machen muß oder wenigstens soll, erregt Staunen und Verwunderung.

Eine andere Aufgabe dieser Behörde geht aus dem kürzlich in der „Posener Lehrertg.“ erschienenen Bericht über einen Haftpflichtprozeß hervor. Der ehemalige Lehrer von Groß- und Klein-Ziethen (das ist natürlich der stolze Name der Schulgemeinde, nicht etwa des Lehrers) klagte wider die Gemeinde auf Schadenersatz von 1000 \mathcal{M} für Kur- und Pflegekosten und Leistung einer jährlichen Rente von 1200 \mathcal{M} . Er hat sich in der nassen Lehrerwohnung Rheumatismus und Herzfehler zugezogen und ist erwerbsunfähig. Landgericht und Kammergericht verurteilten die Gemeinde in vollem Umfange. Nun ging sie ans Reichsgericht und führte u. a. aus, an seiner Erkrankung sei nicht die Gemeinde, sondern der Lehrer selbst schuld, denn er besitze 1. eine mangelhafte Widerstandsfähigkeit, habe sich 2. durch Extrastudien für ein Examen überarbeitet und habe sich 3. nachts schlecht zugedeckt. Trotz solcher, doch wohl auf genauester Beobachtung beruhenden Gründe mußte die Gemeinde erleben, daß das Reichsgericht die Revision zurückwies. Teures Schulhaus!

Solche Vorfälle reizen einen ja zunächst zum Lachen, sind aber doch furchtbar ernst, ja traurig, wenn man sich in die Lage eines unter ähnlichen Zuständen lebenden Kollegen denkt. Eins steht mir felsenfest: die kleinen Gernegroße würden sich manche Dreistigkeit dem Lehrer gegenüber nicht erlauben, wenn jeder einzelne unserer Vorgesetzten mehr Rücksicht auf die autoritative Stellung des Lehrers nähme. Gewiß, viele tuns, und die Lehrerschaft ist ihnen dankbar. Aber mancher tuts nicht, verletzt dadurch den Lehrer aufs tiefste und schädigt ihn in seiner ganzen Wirksamkeit aufs empfindlichste. Man hört hier und da in Lehrerkreisen bittere Klagen, natürlich hauptsächlich von seiten der gewissenhaften Lehrer, die sich, schon um sich selbst achten zu können, peinlich bemühen, ihr ganzes Tun und Lassen in Schule und Haus so einzurichten, daß sie den Kindern und den Erwachsenen Respektspersonen sein müssen; denn ohne das zu sein, kann nur ein Mietling leben, der sich über nichts aufregt und immer verbindlich lächelt. Ohne selbstredend die Forderung der Fachaufsicht irgendwie preiszugeben, muß gesagt werden, daß es nicht am System liegt, wenn in einem Kreise die Lehrer mit Freuden arbeiten und in einem anderen mit Seufzen; es liegt an der Person des Vorgesetzten. Man findet da, wo niemals ein Vertrauensverhältnis zwischen dem Vorgesetzten und der Lehrerschaft zustande kommen kann, Geistliche, Philologen und Fachmänner als Schulaufsichtsbeamte. Es gehört sich ganz einfach, daß gegen nachlässige oder unanständige Lehrer scharf vorgegangen wird, wobei ich unter letzteren natürlich nicht diejenigen verstehe, die in selbstredend höflicher, aber freimütiger Weise ihre abweichende Meinung und Gesinnung vertreten; das sind eben die anständigen. Wenn sich jeder Revisor in die Lage des Lehrers versetzen würde, dann könnte manches nicht vorkommen, was schon vorgekommen ist. Ich will nicht Beispiele erzählen, welche Gepflogenheiten mancher Herr an sich hat; viele Leser wissen aus eigener Erfahrung oder aus Gesprächen mit Kollegen oder aus der Fachpresse derartige Sachen. Nur ein Erlebnis sei zu beleuchten gestattet. Es ist ein neuer Kreisschulinspektor in den Kreis gekommen. Er kennt keinen Lehrer, kein Lehrer kennt ihn. Nach kurzer Zeit kommt eines Tages so gegen Abend ein Herr auf dem Rade in einen Ort des Kreises und steigt in dem Gasthause ab, in welchem die Lehrer verkehren, wenn sie einmal ausgehen, was übrigens selten vorkommt. Er setzt sich an einen Seitentisch, bestellt sich Essen und Trinken und unterhält sich mit den anwesenden Gästen. Als es nun zum Schlafengehen kommt, bringt der Wirt das Fremdenbuch zum Einschreiben. Der Herr macht seine Eintragungen und sagt zu dem Wirte: „Sie wissen nun, wer ich bin. Ich will morgen die hiesige Schule revidieren. Ich ersuche Sie, mein Hiersein zu verschweigen, damit die Lehrer nichts davon erfahren.“ Selbstredend haben die Lehrer an einem der nächsten Tage die Episode erzählt bekommen. Geschämt hat sich jeder aus Herzensgrunde, und einer fragte den andern: „Womit haben wir das verdient?“

Wenn der Lehrer nicht davon überzeugt sein kann, daß er bei allen Leuten, mit denen er zu tun hat, bei den Kindern, bei der Schulgemeinde, bei der ganzen Umgebung seines Wirkungsortes und bei seinen Vorgesetzten als Lehrer und als Mensch in größter Achtung steht, fühlt er sich kreuzunglücklich; ich kann es mir nicht anders denken. Er ist sowieso der Kleine, der Unbedeutende, der Unbeachtete, der auf die verschiedenfachste Weise zur Einflußlosigkeit Verurteilte. Die ganze Geschichte des Volksschullehrerstandes ist in allen Ländern der Erde ein ewiger Kampf gegen das Künstlichuntergehaltenwerden, und noch sind auch bei uns trotz erhöhter Gehaltsbezüge nur wenige Ansätze einer Besserung bemerkbar. Besonders wir Landlehrer haben mit so vielen Widerwärtigkeiten zu kämpfen, daß es immer noch beinahe als eine Strafe erscheint, auf dem Dorfe oder in der Kleinstadt amtieren zu müssen. Auf diese Weise entstehen dann solche dumme Ausdrücke, wie der im „Berliner Tageblatt“ geprägte. Und wenn die Behörde einen Stadtlehrer kennt, der nach ihrer Überzeugung

empfindlich zu bestrafen ist, dann setzt sie ihn zwangsweise aufs Dorf. Möchte uns dieses Jahr einen großen Schritt vorwärts bringen, namentlich uns auf dem Lande, damit es nicht mehr als Strafe bezeichnet werden kann, ein Landlehrer sein zu müssen!

Rusticus.

Zur Schulaufsichtsfrage.

Auf der Versammlung des Kreisverbandes Breslau am 15. Dezember v. J. erklärte Herr Rektor Kapuste, eins der wichtigsten Stücke unseres Arbeitspensums für die nächste Zeit sei die Besprechung der Dezentralisation, die Stadt und Land gleich stark angehe; es sei geradezu brennend, hier eine Vereinbarung zwischen beiden herbeizuführen. Zu dem Zweck ist natürlich notwendig, daß die Wünsche von beiden Seiten in unserem Vereinsorgan zur Besprechung gelangen. Im folgenden ein Wunsch vom Lande!

Man spricht in unsrer Zeit so viel von Persönlichkeit; individuell soll erzogen werden; starke Charaktere sollen gebildet werden u. dergl. Dazu gibt man die schönsten Vorschriften über Erteilung des Unterrichts; jede Methodik betont und lehrt mannigfach, wie jede Unterrichtsdisziplin erziehlich wirken soll; nur Freiheit in der Anwendung gibt man dem Lehrer nicht.

So mancher Revisor will die Art und Weise, die er — das ist über allen Zweifel erhaben — ehrlichen Willens für die beste hält, in Anwendung gebracht wissen, und setzt seine Autorität dafür ein. Bei einem Wechsel müssen eben die Lehrer umlernen. Gewiß wird hier und da je nach der Persönlichkeit des Vorgesetzten dem Lehrer im Unterrichtsbetriebe mehr oder weniger Freiheit gelassen (wie ich ersteres persönlich dankbar anzuerkennen Ursache habe). Dennoch muß man fragen: Wo bleibt die Persönlichkeit dessen, der Persönlichkeiten bilden soll? Ist er denn nie, so lange er amtiert, imstande, selbständig seine Arbeit zu bestimmen? Ist die nach dem bestehenden System der Schulaufsicht angewendete Kontrolle wirklich unerlässlich? Diese Fragen führen zu dem, was wir wünschen müssen bei einer Reform der Schulaufsicht, nämlich: 1. mehr (durch das System gewährleistete) Freiheit im Unterrichtsbetriebe; 2. die im engen Zusammenhang damit stehende Selbstverwaltung im eigentlichen Schulbetriebe und 3. Hebung des Ansehens des Standes durch eine auf Vertrauen, nicht Mißtrauen, begründete Kontrolle.

Die Wirksamkeit des Lehrers bezieht sich in der Hauptsache auf Erziehung und Wissensvermittlung. Da sich der erziehliche Einfluß des Lehrers nicht prüfen und zensieren läßt, muß sich die Revision mit seiner Tätigkeit als Wissensvermittler beschäftigen. Daß auch auf diesem Gebiete eine völlig gerechte Zensurierung nur einem Engel möglich wäre, weiß jeder Eingeweihte. Der Wegfall der Zensuren überhaupt würde mit Freude begrüßt werden. Ein schöner Spruch: „Nicht für die Schule, sondern fürs Leben.“ Aber — seien wir aufrichtig — wir arbeiten hauptsächlich für die Revision. Ich hoffe nicht, daß daraus ein Vorwurf für die revidierenden Vorgesetzten abgeleitet wird. Der Fehler liegt nicht in der Person, sondern im System. Der Lehrer ist gezwungen, viel mehr Strenge (die den Kindern oft als Härte erscheint) besonders in den nicht selten überfüllten Klassen walten zu lassen, als für seine erziehliche Tätigkeit gut ist. Der Hauptfaktor bei aller Erziehung ist einmal die Liebe (selbstverständlich rede ich nicht der sogenannten Affenliebe das Wort). Sollte das nicht auch Anlaß geben zu mancherlei Bedenken beim Kapitel „Jugendverrohung“? Der Lehrer müßte, sollte er sein Amt besonders nach der erziehlichen Seite hin ganz und voll ausfüllen können, so wie es ihm ums Herz ist, dieselbe selbständige Stellung in der Schule haben wie der Geistliche in der Kirche. Man lasse ihn doch auch einmal (er bildet in dieser Beziehung die einzige Ausnahme unter allen Ständen) „ausgelernt“ sein. Also: dem Lehrer mangelt nach dem bisherigen System der Schulaufsicht die nötige Freiheit und Selbständigkeit, um seine Persönlich-

keit so zur Geltung bringen zu können, wie es sein Amt erfordert.

Wir fordern deshalb im Einverständnis mit Herrn Kollegen Tews-Berlin: Die Verwaltung der Schule erfahre eine der kirchlichen analoge Verfassung; es mögen Kreis- und Provinzialschulsynoden geschaffen werden. Die kirchliche Verfassung gibt dem Geistlichen die eines Volkserziehers würdige Stellung. Ist er ordiniert und in sein Amt eingeführt, so traut man ihm auch zu, daß er sein Bestes in Erfüllung desselben tun wird und denkt nicht daran, ihn unverhofft zu kontrollieren auf Pünktlichkeit, Vorbereitung usw. In diesem Vertrauen auf ihn beruht sicher nicht nur ein gut Teil seines Ansehens und damit die Kraft und das Gewicht seines Einflusses und Wirkens, sondern auch — seiner Berufsfreudigkeit. Daß die bestehende Beaufsichtigung des Lehrers sein Ansehen zu schädigen und seine Freude am Beruf ihm zu verleiden geeignet ist, brauche ich nur ändern nachzusprechen, ebenso, daß die dem Lehrerstande oft bezeugte Geringschätzung darauf beruht, daß er (wiederum in dieser Beziehung einzig dastehend) von Gliedern anderer Stände beaufsichtigt wird. Doch bin ich mit der Fassung der Forderung des 2. Vertretertages des Preussischen Lehrervereins (28. Dezember v. J.) in bezug auf Fachaufsicht nicht einverstanden. Es heißt da: zum Kreisschulinspektor werde ein im Volksschuldienste erfahrener Fachmann ernannt. Diese Fassung ermöglicht einmal, daß Theologen nach dem Staatsexamen sich um Rektorstellen bewerben (Fälle vorhanden), um nach wenigen Jahren als im Volksschuldienst erfahrene Fachleute als Kreisschulinspektor angestellt zu werden, (wir wünschen aber: die Schule — den Pädagogen) — dann, daß von Lehrern für die Kreisschulinspektion vorzüglich solche erwählt werden, die sich den weiteren Examinas unterworfen haben, sollten sie gleich in noch verhältnismäßig jungem Alter sein. Im einen wie im andern Falle würde dem Lehrer ein Aufsteigen in seinem Berufe behindert werden. Es ist aber zu wünschen, daß ihm dasselbe ermöglicht wird, ohne daß er sich nach dem Staatsexamen der Akademiker analogen zweiten Lehrprüfung weiteren Examinas unterzieht, zumal im Erzieherberuf Erfahrung ausschlaggebender ist als Wissen. Die Stellung des Kreisschulinspektors zu den Lehrern sei der des Superintendenten zu den Pfarrern ähnlich. Und darum laute die Forderung: Der Kreisschulinspektor sei ein älterer, amtierender Lehrer (das schließt Mittelschullehrer und Rektor selbstverständlich in sich) des Bezirks unter entsprechender Begrenzung der Schulinspektionsbezirke.

Endlich ist noch zu fordern: Der Lehrer bzw. dienstälteste Lehrer ist Verbandsvorsteher der ländlichen Schulverbände; die Ortsschulinspektion ist gänzlich aufzuheben, keinesfalls ihre Aufsichtsrechte einer andern örtlichen Behörde zu übertragen.

Zum Schluß noch eins; man nenne die gemachten Forderungen:

- a) Kreis- und Provinzialschulsynoden,
- b) Ernennung eines älteren, amtierenden Lehrers des Bezirks zum Kreisschulinspektor,
- c) Ernennung des Lehrers bzw. dienstältesten Lehrers zum Verbandsvorsteher der ländlichen Schulverbände,
- d) Aufhebung jeder Ortsschulinspektion

nicht ohne weiteres undurchführbar. Wir fragen uns nur: gerechtfertigt oder nicht. Es ist bei der letzten Besoldungsordnung manches auch in unsern Reihen undurchführbar genannt worden, was doch heut Tatsache ist, daran wir uns freuen. L.

Wohnungsgeldzuschußgesetz für Preußen in Sicht.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde bei Beratung des Etats des Finanzministeriums der Finanzminister auf Anfrage des Referenten veranlaßt, die Stellung der Staatsregierung zum Erlaß eines neuen Wohnungsgeldzuschußgesetzes für Preußen darzulegen.

Er führte aus: Man habe im Landtage sich im vorigen Jahre mit einem Provisorium bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses begnügen müssen, da einerseits die Verhandlungen im Reichstage über

das dortige Gesetz sich hinausgezogen hätten und andererseits keine andere Einigung als die auf das Provisorium für Preußen im Landtage möglich gewesen sei. Das Staatsministerium habe sich daher entschlossen, eventuell noch in dieser Session eine Vorlage für ein neues Gesetz dem Hause vorzulegen. In derselben wolle man sich dem Vorgehen des Reichstages anschließen und die Klasseneinteilung des Reiches zugrunde legen. Dann würde aber nichts anderes übrig bleiben, als etwa hundert Orte Preußens in der Klasse herunterzusetzen; demgegenüber würden aber rund fünfhundert Orte heraufzusetzen sein. Die Heraufsetzung der 500 Orte würde eine Mehrausgabe von rund sechs Millionen Mark zur Folge haben, wogegen die Herabsetzung der 100 Orte eine Ersparnis von nur etwa vier Millionen Mark ergebe.

Bei der Herabsetzung der 100 Orte sei aber den vorhandenen Beamten der jetzige höhere Wohnungsgeldzuschuß vorab zu belassen, und zwar so lange, bis sie durch Einrückung in eine höhere Gehaltsklasse oder Erlangung einer Alterszulage ein Äquivalent für den geringern Wohnungsgeldzuschuß erhielten. Die Belassung dieser Beamten in zeitweiligem Genuß des jetzigen Wohnungsgeldzuschusses werde aber auch noch einer Mehrausgabe von etwa zwei Millionen Mark gleichkommen.

Die 100 Orte in der höheren Klasse zu belassen und dazu die 500 Orte heraufzusetzen, sei nicht angängig, sogar vollständig ausgeschlossen.

Der Minister gab dann anheim, die Mitglieder der vorjährigen Besoldungskommission, die ja das einschlägige Material zum Wohnungsgeldzuschußgesetz eingehend geprüft hätten, möchten zu einer Vorberatung zusammentreten, an welcher teilzunehmen der Minister bereit sei. Man solle dann versuchen, auf der mitgeteilten Grundlage der vom Staatsministerium in Aussicht genommenen Gesetzesvorlage eine Einigung der Parteien zu erzielen und für das Gesetz eine Mehrheit zu sichern. Gelingen dies, dann werde die Regierung noch in gegenwärtiger Session die Vorlage dem Abgeordnetenhaus, und zwar recht bald unterbreiten. Im anderen Falle, wenn keine Einigung auf der Grundlage des Entwurfs erfolge und keine Mehrheit für die Vorlage sicher erscheine, müsse von der Einbringung der Vorlage abgesehen und an dem bestehenden Provisorium festgehalten werden.

Die Vertreter der größeren Parteien in der Budgetkommission glaubten sich dem Vorschlag des Ministers, hinsichtlich einer Vorbesprechung der Mitglieder der vorjährigen Besoldungskommission, anschließen und die Teilnahme der Mitglieder ihrer Parteien in Aussicht stellen zu sollen. Die heutigen Darlegungen seien als rein akademische zu betrachten, da man ja mit den Fraktionen keine Fühlung genommen habe. Im allgemeinen schien aber in den größeren Parteien doch Stimmung für eine baldige Neuregelung des preussischen Wohnungsgeldzuschusses nach der Intention des Staatsministeriums und auf Grundlage der Klasseneinteilung des Reiches vorhanden zu sein.

Diese in Aussicht stehende Neuordnung der Servisklasseneinteilung berührt auch die Lehrerschaft, da nach § 17 der Besoldungsordnung diese Einteilung vom Provinzialrate bei Festsetzung der Mietentschädigung zugrunde gelegt werden muß.

Universitätsstudium der Volksschullehrer.

Am 1. Juni 1865 hat das Königreich Sachsen die Zulassung von Volksschullehrern geregelt und kurz darauf eine Ordnung für die pädagogische Prüfung erlassen. Das war die Voraussetzung dafür, daß die Seminare durch Gesetz vom 22. August 1876 in die Reihe der höheren Schulen aufgenommen werden konnten, denn das Hauptmerkmal einer höheren Schule, die Besetzung des Kollegiums mit akademisch gebildeten Lehrern, war damit gesichert. Erst 35 Jahre später folgte ein anderer Staat, Sachsen-Weimar. 1900, 2. März, erklärte sich die Regierung bereit, „in solchen Fällen, wo ein Lehrer beide Prüfungen mit der Gesamtsur I in den wissenschaftlichen Fächern abgelegt hat und nach Urteil des betreffenden Bezirksschulinspektors wegen seiner wissenschaftlichen und sittlichen Tätigkeit einer solchen Vergünstigung würdig ist, ihm künftighin auf sein Ansuchen, soweit es mit den Interessen des Schuldienstes vereinbar ist, zu seiner weiteren Ausbildung für den Lehrerberuf einem Urlaub bis zu drei Jahren zu erteilen und ihm zwecks Immatrikulation in der philosophischen Fakultät der Universität Jena von Beibringung des Reifezeugnisses zu dispensieren“. 1902 wurde eine der sächsischen ähnliche Prüfungsordnung erlassen. Im nächsten Jahre folgte das Großherzogtum Hessen. Am 29. August 1903 wurde bestimmt, daß „Volksschullehrer und Schulamtsaspiranten, die in der Entlassung an einem hessischen Seminar die erste, in der Definitorialprüfung die erste oder die zweite Zensur erhalten und sich im praktischen Schuldienst bewährt haben, sofern sie mindestens drei Jahre an den öffentlichen Schulen des Landes tätig gewesen sind, für die Dauer von drei Jahren zum Besuch der Landesuniversität beurlaubt und in diesem Falle als Studierende der Pädagogik zur Immatrikulation in der philosophischen Fakultät zugelassen werden können. Im Oktober 1907 kam eine Vereinbarung zwischen Hessen und Oldenburg zustande, nach der oldenburgische Lehrer unter den gleichen Bedingungen wie hessische zum Studium

in Gießen und zur Prüfung zugelassen werden. § 1 dieser Prüfungsordnung bestimmt als Zweck der Prüfung „die Feststellung der Befähigung des Bewerbers zur Erteilung eines wissenschaftlich begründeten Unterrichts an den der Lehrerbildung dienenden Anstalten.“ Am 31. März 1908 setzte Bayern feste, „daß der Nachweis der Befähigung zur Übernahme der Stelle eines Direktors oder eines Seminarlehrers an einer Lehrerbildungsanstalt, dann die Stelle eines Hauptlehrers an einer Präparandenanstalten in der Regel durch das Zeugnis über erfolgte Ablegung entweder einer Prüfung für das Lehramt an humanistischen oder technischen Anstalten oder der Prüfung für das Lehramt an den Lehrerbildungsanstalten zu erbringen sei“. Zu dieser Prüfung werden Kandidaten zugelassen, „welche nach Erfüllung der Vorbedingung für Anstellung im Volksschuldienst eine ständige Verwendung im Dienste der Königlichen Lehrerbildungsanstalten gefunden haben und den Nachweis liefern, daß sie vier Semester hindurch die Prüfungsgegenstände der gewählten Gruppe zum ausschließlichen Gegenstand ihrer hochschulmäßigen oder Fachstudien gemacht haben.“ In Württemberg besagt die Begründung zum Volksschulgesetz 1909, es sollen fortan nur solche Seminarlehrer verwendet werden, „die mit gründlichen Kenntnissen und praktischer Bewährung auf dem Felde der Volksschule eine Erweiterung ihrer Bildung durch akademische Studien verbinden“. Nächstens wird eine Ordnung für „die höhere pädagogische Prüfung“ erlassen werden. 1910 wird Baden den neuen Seminarlehrplan vollständig durchführen und zugleich die Zulassung von Volksschullehrern zur Universität in die Wege leiten. Endlich sei nochmals auf das Königreich Sachsen verwiesen. „1898 wurde die Studienberechtigung auf drei Jahre ausgedehnt und die Prüfungsordnung abermals im Sinne der Höherentwicklung umgearbeitet. Der letzte und wichtigste Schritt erfolgte durch Verordnung des Ministeriums vom 6. Juni 1908, nach der eine neue, auf wesentlich anderer Grundlage beruhende Prüfungsordnung eingeführt wurde. Bis dahin entsprachen die Prüfungsordnungen in den einzelnen Prüfungsfächern im wesentlichen denen, die in der Oberlehrerprüfung zur Erlangung der Lehrbefähigung für die zweite Stufe gelten. Die neue Prüfungsordnung aber macht das Bestehen von der Erwerbung einer Lehrbefähigung ersten Grades abhängig und stellt für diesen ersten Grad genau die gleichen Anforderungen fest wie die Oberlehrerprüfung. Damit ist die pädagogische Prüfung in den wesentlichen Gesichtspunkten der Oberlehrerprüfung vollständig gleichgestellt; der studierende Volksschullehrer kann künftig eine Lehrbefähigung ersten Ranges in Deutsch wie in Geschichte und Religionslehre, in Latein wie in Englisch und Französisch, in Mathematik wie in allen Zweigen der Naturwissenschaften erwerben. Im Zusammenhang damit ist durch Verordnung vom 9. Februar 1909 die Studienzeit auf vier Jahre verlängert worden.“ (K. Muthesius, Päd. Blätter 1910, 1. Heft.) Diesem entsprechend zahlt Sachsen den akademisch gebildeten Seminarlehrern 3600 bis 7200 *M.* Gehalt; die nicht akademisch gebildeten erhalten 3600 bis 6600 *M.* Genau so ist es im Endgehalt in Bayern. — Überblicken wir diese Zusammenstellung, so erkennen wir, daß nahezu ganz Deutschland dem Ruf der Volksschullehrer nach Zulassung zu Universitätsstudien Folge gegeben hat; — nur Preußen nicht. Hier stehen auch die Seminare in den Gehaltsverhältnissen stark zurück. Den Seminaroberlehrern stehen die nicht akademisch gebildeten technischen Lehrer an den Fachschulen für Metall-Industrie im ganzen gleich; die ordentlichen Seminarlehrer stehen aber viel schlechter. Wann wird auch hier Ernst gemacht?

„Schulbl. d. Pr. Sachsen“.

Für die Errichtung einer pädagogischen Akademie

tritt die pädagogische Zentrale des Deutschen Lehrervereins in einer Resolution ein, die sie auf Grund eines von dem Leipziger Privatdozenten Dr. Brahn gehaltenen Referats auf ihrer letzten Zusammenkunft gefaßt hat. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

Die Pädagogische Zentrale des Deutschen Lehrervereins sieht in Hinblick auf die unzureichende Pflege, die die Erziehungswissenschaft gegenwärtig an den deutschen Universitäten findet, in der Einrichtung einer pädagogischen Akademie, an der Theorie und Praxis des gesamten Erziehungs- und Unterrichtswesens im Mittelpunkt stehen würden, vorläufig den einzig gangbaren Weg zu einer geistlichen Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft.

Sie ist überzeugt, daß eine derartige Akademie die fachliche und allgemeine Fortbildung des Volksschullehrerstandes — so lange ihm die Universität verschlossen bleibt — in hohem Maße fördern wird.

Notwendige Voraussetzungen sind:

1. daß die Akademie nicht allein in bezug auf die Auswahl der Lehrenden und die Sicherung der Lehrfreiheit den Universitäten gleichgestellt, sondern daß ihr auch durch die ganze Einrichtung die Möglichkeit gewährt werde, sich zu einer wirklichen Hochschule für theoretische und praktische Pädagogik zu entwickeln;
2. daß sie allen Lehrern ohne Rücksicht auf eine etwa in Aussicht genommene Anstellung im Seminar- oder im Schulverwaltungsdienste geöffnet werde.

Die Pädagogische Zentrale erwartet zuversichtlich, daß die Begründung einer solchen Pflegestätte der wissenschaftlichen

Pädagogik die deutschen Hochschulen veranlassen wird, die Errichtung eigener Lehrstühle für diese Wissenschaft in Erwägung zu ziehen.

Aus der Resolution geht hervor, daß es sich durchaus nicht um eine von einseitigem Standesinteresse der Volksschullehrer diktierte Forderung handelt, sondern um eine Sache, die für das gesamte Erziehungswesen von weittragender Bedeutung ist. Eine Pflegestätte pädagogischer Wissenschaft, die zugleich eine Pflanzstätte für praktische Pädagogen wäre, müßte befruchtend und fördernd auf das Leben in den Schulen jeglicher Gattung wirken. Wenn man bedenkt, daß die Pflege der Pädagogik an den Universitäten heute völlig davon abhängt, ob sich unter den philosophischen Dozenten zufällig einer findet, der pädagogische Vorlesungen hält — hat doch, um ein Beispiel anzuführen, die Berliner Universität seit Professors Paulsens Tode, der, wie allbekannt, nicht nur ein bedeutender Philosoph, sondern auch ein hervorragender Pädagoge war, keinen Professor mehr, der über Pädagogik liest — und wenn man die Unterschiede kennt, die sich innerhalb der philosophischen Fakultäten immer noch über die Anerkennung der Pädagogik als Wissenschaft geltend machen, so kann man nur wünschen, daß die Regierungen den hier gezeigten Weg beschreiten möchten.

Die Zahl der Turnstunden

ist zwar in allen Schulen in Preußen gesetzlich geregelt. Doch kommen hierbei außerordentlich viele Abweichungen vor. So sollen nach den Lehrplänen die höheren Lehranstalten wöchentlich für jeden Schüler drei lehrplanmäßige Turnstunden haben. Wie aber aus der „Statistik des Schulturnens“ hervorgeht, hat die Zahl dieser Stunden teils für alle Klassen, teils für einige Klassen auf zwei reduziert werden müssen. Bei 698 höheren Schulen waren es 19 Schulen, die in einigen Klassen 2, in anderen 3 Stunden gaben, 61 Schulen (fast durchweg Privatschulen) mit 2 Stunden in allen Klassen und 13 Schulen mit noch weniger Turnstunden; 62 Schulen turnten aus Mangel an bedeckten Räumen nur im Sommer. Selbst von den 135 Seminaren, die zur Zeit der Statistik in Betracht kamen, hatten 12 weniger als 3 Turnstunden, teils in allen, teils in einzelnen Klassen, doch konnte das Turnen wenigstens in allen Seminaren auch den Winter hindurch gepflegt werden, wenn auch zweimal Gasthaussäle dazu gemietet werden mußten; nicht so günstig liegen die Verhältnisse an den damals in Betracht kommenden 111 Präparandenanstalten, von denen 10 Anstalten nur 2 wöchentliche Turnstunden und 13 Anstalten nur im Sommer Turnunterricht hatten. Für die Volksschulen sind nach den allgemeinen Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 für die Mittel- und Oberstufe wöchentlich 2 Stunden für Turnen festgesetzt. Naturgemäß kann in den Halbtagschulen nur eine Turnstunde wöchentlich eingerichtet werden; dazu kommen noch die Schulen mit starkem polnischen Besuch, an denen die zweite Turnstunde für das Deutsche verwendet wird. So kommt es, daß an den Volksschulen sehr häufig die Zahl der Turnstunden unter 2 bleibt. Unter etwa 30000 Volksschulen waren neben 400 Schulen, die überhaupt keinen Turnunterricht hatten, etwa 5200 Schulen mit nur 1 Stunde wöchentlich; an 500 Schulen war außerdem die Einrichtung getroffen, daß einzelne Altersstufen 1, die anderen 2 Turnstunden erhielten; einen vollständig durchgeführten, geregelten Turnunterricht während des ganzen Jahres hatten nur die Schulen, die Turnhallen zur Verfügung hatten, d. h. etwa 1800. Wie verschieden dabei innerhalb einer Provinz die Verhältnisse liegen, zeigt die Provinz Pommern am deutlichsten; hier haben 2 Stunden Turnen wöchentlich im Regierungsbezirk Stralsund 75,7 v. H. der Schulen des Regierungsbezirks, im Regierungsbezirk Stettin nur 19,6 v. H. und im Regierungsbezirk Köslin sogar nur 11,1 v. H.; Schulen mit nur 1 wöchentlichen Turnstunde finden wir im Regierungsbezirk Stettin 68,6 v. H., im Regierungsbezirk Köslin 75 v. H., im Regierungsbezirk Stralsund dagegen nur 13,4 v. H. Ähnliche Beispiele von der Verschiedenheit in der Zahl der Turnstunden gibt die Statistik noch an verschiedenen Stellen. — Bemerkenswert sei noch, daß an den Seminaren, Präparandenanstalten und Volksschulen der Turnunterricht meist enger an den übrigen Unterricht sich anschließt als an den höheren Lehranstalten, wo die Turnstunden, losgelöst vom übrigen Unterricht, an den Nachmittagen liegen und sich häufig bis in die Abendstunden ausdehnen. K. d. D. L.

Die Chemie in der Schule.

Unter dieser Spitzmarke schreibt das „Berl. Tagebl.“: „Die Explosion in der achten Mädchenschule in Schöneberg-Friedenau hat in den Kreisen der Eltern, die schulpflichtige Kinder haben, lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. In Berlin ist allen Befürchtungen von vornherein der Boden dadurch entzogen, daß es ein für allemal verboten ist, vor den Schülern chemische Experimente vorzunehmen, die mit irgendwelchen Gefahren verknüpft sind. Man kann auch über die Frage rechten, ob es überhaupt angebracht ist, zwölfjährigen Schulmädchen — wie es in Schöneberg der Fall war — Experimente mit chloresauerem Kali vorzuführen, von denen die

Kinder im Grunde genommen ja doch nichts verstehen. Der Vorfall dürfte jedenfalls den Schulverwaltungen Veranlassung geben, Bestimmungen zu erlassen, die Schüler und Lehrer im Chemieunterricht vor Unfällen schützen. Einen entscheidenden Schritt hat bereits die Schuldeputation der Stadt Rixdorf getan; sie wird, wie wir erfahren, die Schulvorstände auf die Gefährlichkeit chemischer Experimente besonders aufmerksam machen, obgleich an den Rixdorfer Schulen Experimente mit gefährlichen chemischen Mischungen überhaupt nicht vorgenommen werden. In Wilmersdorfer Schulkreisen ist man der Ansicht, daß solche Vorfürhungen in Mädchenklassen in keinem Verhältnis zum Lehrwert stehen, und daß es richtiger wäre, die jungen Mädchen dafür in der Haushaltslehre zu unterrichten.

Zu dem Unfall in der Schöneberger Gemeindeschule erhalten wir von Chemikern und Schulmännern zahlreiche Zuschriften, von denen wir die folgenden veröffentlichen: Unfälle beim Chemieunterricht werden sich nie ganz vermeiden lassen; wurde doch sogar der König von Bayern in einer Vorlesung, die der berühmte Chemiker Liebig hielt, durch herumfliegende Glassplitter verletzt. Besonders häufig sind aber die Unfälle in Schulen geworden, nachdem auf den Unterricht in der Chemie mit Recht mehr Gewicht gelegt wird als früher, und ihre Zahl erscheint besonders groß, wenn man bedenkt, daß sie Lehrern passieren, die eigentlich mit der nötigen Sicherheit experimentieren sollten. Nun zeigt zwar das oben angeführte Beispiel, daß selbst dem geschicktesten Chemiker etwas passieren kann, zumal, wenn er, wie Liebig, bei der Art seines Auditoriums etwas befangen und unsicher wird. Die Unfälle in Schulen sind aber leider nur oft genug auf Unkenntnis der elementarsten Vorsichtsmaßregeln zurückzuführen. Viele, wenn nicht die Mehrzahl der betreffenden Lehrer, besonders an Volksschulen, besitzen eben gar nicht die nötige praktische Erfahrung in chemischen Dingen, weil sie in Chemie nur nebenher ausgebildet werden. Und da sie die wenigen Chemiestunden nur nebenher geben, haben sie auch wenig Gelegenheit, sich größere Gewandtheit zu erwerben. Angesichts dieser Tatsachen und ihrer traurigen Folgen wäre es doch vielleicht zu überlegen, ob man nicht den Unterricht in Chemie in die Hände von wirklich durchgebildeten und praktisch erfahrenen Lehrern legen sollte, die nur in diesem Fach unterrichten. In größeren Städten ließe sich das leicht auf die Weise ermöglichen, daß ein und derselbe Lehrer an mehreren Schulen tätig ist. Geeignete Lehrkräfte sind genug vorhanden, da es tüchtige Chemiker genug gibt, die einen derartigen Posten gern übernehmen würden, selbst wenn damit nur ein jährliches Anfangsgehalt von 1800 \mathcal{M} verbunden sein sollte. Sind doch für ausgebildete Chemiker mit Dokortitel Anfangsstellungen mit 100 bis 125 \mathcal{M} im Monat durchaus keine Seltenheiten, so daß man für 200 \mathcal{M} Anfangsgehalt im Monat schon praktisch erfahrene Leute in Menge bekommen kann. Freilich dürften die Befragten nicht ohne eine gewisse pädagogische Begabung sein. Abgesehen von der größeren Sicherheit für das Leben und die Gesundheit der Schüler, die durch die Anstellung solcher Lehrer herbeigeführt wird, würde der Unterricht selbst sehr an Wert gewinnen, da gerade Chemie erfolgreich nur von solchen Lehrern gelehrt werden kann, die vollständig über der Materie stehen und sich auch praktisch darin betätigt haben. Hierzu bemerkt die „Pr. Lztg.“: Fehlt bloß noch der „Chemie-Inspektor“. — Wenn die Seminaristen auf dem Seminar einen wirklich guten Chemieunterricht erhalten, und wenn ihnen vor allen Dingen reichlich Gelegenheit gegeben wird, sich im Experimentieren zu üben, dann kann auch der Volksschullehrer mit Leichtigkeit den Anforderungen im Chemieunterricht genügen. Da bedarf es keines besonderen „Chemikers“ u. dergl.

Probleme der Jugendfürsorge.

Unter dem Präsidium der Fürstin zu Wied fand am 29. Januar d. J. im preußischen Herrenhause ein „Erörterungsabend“ der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge statt. Als der Vorsitzende, Staatsminister a. D. Hentig, die Sitzung gegen 6 Uhr mit einer Darlegung der Bestrebungen des Vereins eröffnete, konnte er ein volles Haus begrüßen. Der geräumige Plenarsitzungssaal war bis auf den letzten Platz mit Damen und Herren gefüllt, die zum Teil bis aus Westfalen und Ostpreußen gekommen waren, und auch die Tribünen zeigten einen dichten Kreis aufmerkamer Zuhörer. Das Reichsjustizamt, preußische Justizministerium, Kultusministerium und Ministerium des Innern, die Oberpräsidien verschiedener Provinzen, der Magistrat, die Schuldeputation und das Polizeipräsidium von Berlin, das Konsistorium der Provinz Brandenburg und eine große Zahl von interessierten Vereinen hatten ihre Vertreter entsandt, stand doch auf der Tagesordnung ein sehr zeitgemäßes Thema: „Probleme der Fürsorge-Erziehung.“ Wenn die skandalösen Fälle „Blohmische Wildnis“ und „Mielschien“ auch schlimme Schäden aufgedeckt haben, so brachten sie doch das Gute mit sich, daß die Bevölkerung auf die außerordentlich wichtige Sache der Jugendziehung hingelenkt und auch jene Gesellschaftsschicht dafür interessiert wurde, der die praktische Behandlung sozialpädagogischer Fragen bisher fern lag. Und man muß es der Zentrale für Jugendfürsorge lassen:

sie weiß nicht nur Persönlichkeiten von Rang und Ansehen zur Mitarbeit heranzuziehen, sondern sie leistet auch vielseitige und gründliche Arbeit, und stellt an die Ausdauer der Teilnehmer ihrer Erörterungsabende nicht gerade geringe Anforderungen. Sechs Stunden lang wurde diesmal verhandelt, und nicht weniger als vier Referenten und 16 Diskussionsredner kamen mehr oder minder ausgiebig zum Wort, und als der Vorsitzende die Versammlung nach Mitternacht endlich schließen konnte, waren die Reihen der Zuhörer nur wenig gelichtet.

Als erster Reder behandelte der um die Jugendfürsorge hochverdiente Amtsgerichtsrat Dr. Köhne-Berlin: „Die Frage wirk-samer Beaufsichtigung der Ausführung und geeignete Beschwerde-Instanzen.“

Den beifällig aufgenommenen Ausführungen lagen folgende Forderungen zugrunde:

Die mit der Ausführung der Fürsorge-Erziehung betrauten Behörden bedürfen zur Erfüllung ihrer Aufgabe weitgehender Verfügungsmacht über ihre Zöglinge. Es sind Garantien dafür zu schaffen, daß diese Verfügungsmacht in einer dem Staatswohl förderlichen Art, und daß sie ohne Verletzung von Individualrechten ausgeübt wird. Das Staatsinteresse ist durch wirksame Handhabung der Aufsicht über die Ausführung der Fürsorge-Erziehung zu wahren. Sofern diese Ausführung nicht besonderen Organen, sondern schon bestehenden Behörden übertragen ist, empfiehlt es sich, die Aufsicht den ihnen vorgesetzten Instanzen zu belassen. Die Aufsichtsbehörden müssen sich für Ausübung der Aufsicht eine besondere Organisation unter Zuziehung Sachverständiger schaffen. Das Individualinteresse der Zöglinge und ihrer Angehörigen ist durch Schaffung eines wirksamen Beschwerderechts gegen ungerechte und zweckwidrige Behandlung zu wahren. Dies Beschwerderecht ist so zu gestalten, daß es eine unparteiische Prüfung gewährleistet und die Autorität der Erzieher nicht schädigt. Die bei Handhabung der Aufsicht gemachten Beobachtungen und Erfahrungen sind durch regelmäßige Veröffentlichungen der Allgemeinheit bekanntzugeben.

Darauf sprach Professor Dr. Weygandt-Friedrichsberg bei Hamburg über „Grenzen der Erziehbarkeit (Ärztliche Beurteilung der Grenzen der Erziehungsmöglichkeit bei abnormen Jugendlichen).“ Redner begründete nachstehende Leitsätze:

Die gesetzlich vorgesehene gelegentliche Mitwirkung des Arztes in einzelnen Fällen von Fürsorge-Erziehung ist unzureichend. Da bei einem erheblichen Prozentsatz der Fürsorgezöglinge, nahezu der Hälfte, pathologische Faktoren eine Rolle spielen, muß der Arzt regelmäßig mitwirken. Die ärztliche Mitwirkung betätigt sich

- a) hinsichtlich der Ermittlung der körperlichen und seelischen Eigenart des Zöglings,
- b) hinsichtlich der Behandlung der einer körperlichen oder seelischen Behandlung bedürftigen Zöglinge,
- c) hinsichtlich der Belehrung der anderweitigen in der Fürsorgetätigkeit stehenden Personen,
- d) hinsichtlich der Vorbeugung.

Es ist notwendig, daß bei jeder Überweisung eines Jugendlichen in die Fürsorge-Erziehung ein entsprechend vorgebildeter Vertrauensarzt das Aktenmaterial kennen lernt und eine Untersuchung des körperlichen und seelischen Zustands vornimmt. Ein Teil der Zöglinge wird daraufhin in eine nicht ärztlich geleitete Fürsorge-Erziehung kommen, ein kleinerer Teil in ärztlich geführte Anstalten und ein weiterer kleiner Teil in Beobachtungstationen.

Auf Grund der Ergebnisse der Beobachtung und Behandlung in diesen ärztlich geleiteten Abteilungen ergeben sich für die schwereren Fälle die wichtigsten Anhaltspunkte über die Grenzen der Erziehungsmöglichkeit. Die Grundlage bildet die Erkennung des Wesens der Defekte. Wie weit im einzelnen bei den verschiedenartigen Defektzuständen die Erziehung Boden finden kann, darüber lassen sich all-gemeingültige Gesetze schwer aufstellen.

Die in jedem ärztlich zu beeinflussenden Falle notwendige zeitweilige oder dauernde Individualisierung läßt die zurzeit bestehende Fülle von mannigfachen, verschiedenartigen Anstalten an sich erwünscht erscheinen. Gerade Trennung der einzelnen Grade von Defekten wie auch der Geschlechter und Altersstufen ist dabei notwendig. Neben der Errichtung von Beobachtungstationen, sowie von Abteilungen für Jugendliche in einem Teil der Irren- und Epileptikeranstalten ist auch noch angebracht die Errichtung von ärztlich geleiteten Anstalten für Zöglinge mit schweren Störungen des sozialen Verhaltens, unter entsprechender Gelegenheit zu landwirtschaftlicher und handwerklicher Beschäftigung. Aber auch die In-sassen der sonstigen Erziehungsanstalten, Rettungshäuser usw., sowie die einer Familienpflege überwiesenen Fürsorgezöglinge sollen in regelmäßiger Fühlung mit einem speziell hierfür ausgebildeten Arzt stehen.

Die Ärzte sollen möglichst Gelegenheit finden, die andern in der Fürsorge tätigen Hilfskräfte auf dem Wege von Vorträgen und Kursen über die ärztliche Beurteilung der entsprechenden Zöglinge zu instruieren.

Hinsichtlich der Hebung der Erziehungsmöglichkeit ist von besonderer Bedeutung auch die vorbeugende Wirkung des Arztes im Bereich der Wohnungshygiene, der Schularzt-tätigkeit bei den körperlich Angegriffenen wie bei den geistig Minderwertigen, Hilfsklassen

bedürftigen Schulkindern, sowie der Alkoholbekämpfung. In letzterer Hinsicht wäre auch dringend die ärztlich angeregte Anwendung des in der Strafgesetznovelle vorgesehenen § 223 a, Abs. 2, auf Alkoholisierung der Kinder zu empfehlen.

Das dritte Referat erstattete an Stelle des verhinderten Dr. Gruble-Heidelberg Oberlehrer Ziertmann-Steglitz über „Grundsätze der Erziehung“.

Der Redner empfahl folgende Thesen:

Die der Fürsorge-Erziehung überwiesenen Jugendlichen sind nach dem Gesichtspunkt der Sozialisierbarkeit oder Erziehbarkeit in drei Gruppen zu teilen:

Sozialisierbare oder Erziehbare.

Nicht-Sozialisierbare oder Unerziehbare und zwar:

- a) Pathologische (geistig abnorme).
- b) Verbrecherisch Beanlagte (moralisch abnorme, geborene Verbrecher).

Für die Erziehbaren ist die Unterbringung in geeigneten Familien zu fordern, eventuell nach einem längeren oder kürzeren Aufenthalt in Beobachtungs- oder Vorbereitungsstationen. Nur soweit Aufnahme in Familien nicht zu erreichen ist, haben die Zöglinge in Anstalten zu verbleiben.

Für die aufgestellten drei Gruppen von Zöglingen sind drei Arten von Anstalten zu fordern:

- a) Eigentliche Erziehungsanstalten für die Sozialisierbaren.
- b) Heilerziehungsanstalten für die Pathologischen.
- c) Gefängnisartige Sicherungsanstalten für die verbrecherisch Veranlagten.

Um dieser Forderung zu genügen, ist es nicht notwendig, neue Anstalten zu gründen; die vorhandenen können in geeigneter Weise differenziert werden oder vorhandene Differenzen entwickelt und benutzt werden.

Jede dieser Anstalten muß die Möglichkeit haben, für sie ungeeignete Elemente ohne Schwierigkeit abzugeben.

Der Ausbildung in den Erziehungsanstalten sind die folgenden Ziele zu stellen:

- a) Kräftigung und Ausbildung des Körpers.
- b) Vorbildung zu einem Beruf.
- c) Entwicklung wertvollen innern Lebens durch geeignetes Anstaltsleben, geeignete religiöse Unterweisung und Erziehung, Erziehung zu bewußter Teilnahme am Leben von Staat und Gesellschaft.

Den vierten Vortrag hielt Professor Dr. Klumker-Frankfurt a. M. über „Beobachtungsstationen für Neueintretende“, für die er folgende Grundsätze aufstellte: Bei der Erziehung so zahlreicher Zöglinge, wie sie die Fürsorge-Erziehung umfaßt, ist die Auswahl der Unterbringung gemäß der körperlichen und geistigen Eigenart der Kinder eine der wichtigsten Aufgaben.

Eine solche Auswahl kann nur dann fachgemäß und rasch erfolgen, wenn sie sich nicht nur auf die Akten, sondern auch auf persönliche Beobachtung des Zöglings selbst stützt.

Hierzu erscheinen Beobachtungsanstalten, die neben genügenden ärztlichen und pädagogischen Kräften von Männern geleitet werden, die Kenntnis des Kindes und des Lebens mit Liebe zur Jugend verbinden, als notwendige Voraussetzung.

Nur mit ihrer Hilfe ist bei der Fülle verschiedenster Anstalten, der wir uns erfreuen, die Auswahl der geeignetsten Anstalt sicherzustellen, vor allem aber ist nur mit ihrer Hilfe eine planmäßige Ausdehnung der Familienpflege möglich. Damit aber dienen die Beobachtungsanstalten dem Hauptziel der Fürsorge-Erziehung, die Zöglinge so rasch als möglich unter gesunden Verhältnissen ins praktische Leben zurückzuführen.

In der ausgedehnten Debatte, an der die verschiedensten Praktiker: Ärzte, Juristen, Verwaltungsbeamte, Anstaltsleiter und -erzieher teilnahmen, wurden wesentlich neue Gesichtspunkte nicht erörtert. Die Forderung einer neuen Sachverständigen-Kommission fand fast durchweg Widerspruch, und verschiedene Anstaltsdirektoren wandten sich in zum Teil recht temperamentvollen Ausführungen gegen die Behauptung, daß die Fürsorge-Erziehung Fiasko erlitten hat. Man dürfe die von gewissen Zeitungen in unzulässiger Weise ausgeschlachteten beiden Fälle nicht verallgemeinern; denn dadurch schädige man den Erfolg der Jugendfürsorge und erschwere das ohnehin äußerst schwierige Amt der Erzieher noch mehr.

„Pr. Lztg.“

W. Haese.

Das Lehrerinnenseminar.

Der Landesverein Preußischer Volksschullehrerinnen hat in einer Denkschrift, die er mit einer Petition dem Minister überreicht hat, zu den auf das Lehrerinnenseminar bezüglichen Bestimmungen des Ministerialerlasses vom 18. 8. 1908 Stellung genommen. Die Denkschrift bekämpft die Trennung der Lehrerinnenseminare in höhere und Volksschullehrerinnenseminare, die nicht zu rechtfertigen ist, da alle Lehrerinnenseminare die Aufgabe haben, Elementarlehrerinnen auszubilden, wenn diese auch teils in der Mittel- und Volksschule ihr Arbeitsfeld finden. Bei der Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens werden nur die höheren Lehrerinnenseminare

neugestaltet, die Volksschullehrerinnenseminare werden nicht zur Gruppe der höheren Lehranstalten gerechnet und von den Vorteilen der Neuordnung ausgeschlossen. Die Denkschrift des Landesvereins Preußischer Volksschullehrerinnen sieht in dieser Scheidung der beiden Seminararten und in der Bewertung des Volksschullehrerinnenseminars, als außerhalb der höheren Lehranstalten stehend, nicht nur eine Geringschätzung der Arbeit an der Volksschule und des Volksschullehrerinnenstandes, sondern sie weist auch nach, wie die Durchführung des Erlasses schwere Schädigungen der Volksschule und des Volksschullehrerinnenstandes zur Folge haben muß. Die Nachteile ergeben sich daraus, daß 1. die in den Volksschuldienst eintretenden Lehrerinnen nicht die geeignete Vorbildung erhalten. Durch die Fürsorge, die dem höheren Seminar zuteil wird, droht der so notwendige Ausbau der Volksschullehrerinnenseminare und damit die zeitgemäße Förderung der Volksschullehrerinnenbildung aufgehoben zu werden. Außerdem wird ein großer Teil der auf dem höheren Seminar ausgebildeten Lehrerinnen auch in Zukunft aus wirtschaftlichen Gründen in den Volksschuldienst eintreten, für welchen die höheren Seminare nicht zweckmäßig vorbereiten. 2. Der Stand der Volksschullehrerinnen wird in seinem Niveau herabgedrückt werden, nicht nur durch die seiner Seminarbildung anhaftenden Mängel, sondern auch, weil für die Aufnahme in das Volksschullehrerinnenseminar nicht das Reifezeugnis einer höheren Mädchenschule Bedingung ist, welches für den Eintritt in das höhere Seminar und sogar auch in das technische Seminar gefordert wird. Es ist daher zu befürchten, daß die Töchter der Bevölkerungsschichten, die ihre Kinder in die höheren Schulen schicken, von dem Volksschullehrerinnenberuf ferngehalten werden; sicherlich zum Schaden der Volksschule. Um den Zugang zum Lehrerinnenberuf Mädchen aller Bevölkerungsschichten zu ermöglichen, sollten Freistellen für Minderbemittelte in reichem Maße als bisher nicht nur im Seminar, sondern schon in der höheren Mädchenschule geschaffen werden. Das Bestehen besonderer höherer Seminare ist auch nicht durch das Interesse der höheren Mädchenschule geboten, da die seminarisch gebildete Lehrerin nur auf der Unter- und Mittelstufe der höheren Mädchenschule unterrichten darf. (Für die Oberstufe und zum Teil auch für die Mittelstufe werden akademisch gebildete Lehrkräfte gefordert.) Der Landesverein Preußischer Volksschullehrerinnen tritt nachdrücklich für ein einheitliches Lehrerinnenseminar ein, das für den gesamten Elementarunterricht an der Volks-, Mittel- und höheren Mädchenschule die geeignete Ausbildung gibt. Dieses einheitliche Seminar für Elementarlehrerinnen sollte nach den Gesichtspunkten, die in dem Ministerialerlaß vom 18. 8. 08 für die höheren Lehrerinnenseminare maßgebend sind, eingerichtet werden, aber unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Volksschule.

Aus dieser Grundbedingung ergeben sich für das einheitliche Lehrerinnenseminar die folgenden besonderen Forderungen:

- a. Für den Unterrichtsplan:
 1. Ein wissenschaftlicher Unterrichtsbetrieb in den einzelnen Lehrgegenständen.
 2. Der vierjährige Kursus mit Abschlußprüfung nach dem 3. Jahre und einem 4. Jahre für die praktische Ausbildung.
 3. Eine moderne Fremdsprache als obligatorischer Unterrichtsgegenstand, die zweite und Latein als wahlfreie Fächer.
 4. Unterricht in Bürgerkunde, Volkswirtschaftslehre und Sozialpädagogik.
 5. Eine Volksschule als Übungsschule.

- b. Für die Vorbereitung zum Seminar:

Die höhere Mädchenschule oder den Nachweis einer gleichwertigen Bildung (ev. mit Ausnahme einer Fremdsprache.)

- c. Für die Entlassungsprüfung:

Der Ausgleich geringer Leistungen in einem Fach durch besonders gute in einem anderen.

Die Wünsche des Landesvereins Preußischer Volksschullehrerinnen werden in der Eingabe an den Minister in der Bitte zusammengefaßt:

„Der Minister möge unter Berücksichtigung der in der Denkschrift gegebenen Forderungen Maßnahmen treffen, die eine Angleichung der bestehenden Seminare zur Herbeiführung eines einheitlichen Seminars für alle seminaristisch gebildeten Lehrerinnen ermöglichen.“

Aus den Jahresberichten der Zweigvereine.

Öls 1. Schl. Vorsitzender: Lehrer Negendank-Öls. 42 ordentliche Mitglieder und 4 Ehrenmitglieder. Der Verein hielt im Laufe des Jahres 11 Sitzungen ab, welche im Durchschnitt von 58% der Mitglieder besucht waren. An der Gauversammlung in Bernstadt beteiligten sich 14 Mitglieder. Im verflossenen Jahre wurden neben den Referaten aus dem „Kunstwart“, „Philosophie und Pädagogik“ und „Zeitschrift für Kinderforschung“ 10 Vorträge gehalten und zwar: 1. „Charakterbildung durch den Unterricht“ (Jentschura-Bogschütz). 2. „Die Entwicklung der Chemie unter besonderer Berücksichtigung ihres Einflusses auf Industrie und Technik“ (Rudolf-Öls). 3. „Das Denken des Kindes“ (Fitzner-Bogschütz). 4. „Diluvium“ (Grundmann-Öls). 5. „Die Entwicklung der englischen Weltmacht“

vom 17. Jahrhundert bis auf unsere Tage“ (Hoffmann-Spahlitz). 6. „Kinderarbeit und Jugendschutz“ (Germann-Croupusch). 7. „Die Lebensanschauung Sudermans in seinem Schauspiel »Die Heimat«“ (Bufe-Öls). 8. „Der innere Verlauf des individualistischen Zeitalters“ (Schmidt-Zucklau). 9. „Schundliteratur“ (Vogt-Öls). 10. „Die Anschaulichkeit des erdkundlichen Unterrichts“ (Brückner-Schmarse). Mehr als bisher wurde die Geselligkeit gepflegt, da an verschiedenen Sitzungen sich ein gemütliches Beisammensein mit Damen angeschlossen. Von einem Zwiespalt zwischen Stadt- und Landkollegen war in unserem Vereine nichts zu merken. Einer stand für den andern. Das bewies am besten die im Oktober abgehaltene Lehrerversammlung, in welcher die Gleichstellungsfreunde auch in unsern Reihen Bresche legen wollten. In unserem Vereine fand der „Neue Preussische Lehrerverein“ keinen Boden. Wir wissen, daß wir unser Vorwärts- und unser Emporkommen unserer geschlossenen Organisation und unsern bewährten Führern in erster Reihe zu danken haben. Ein grünes Reis am alten Baume will unser Verein auch im kommenden Jahre und in alle Zukunft sein!

Namslau. Vorsitzender: Lehrer Pätzold-Namslau. 34 Mitglieder und 4 Ehrenmitglieder. Der Verein hielt im vergangenen Jahre 8 Sitzungen ab, von denen zwei Wanderversammlungen mit Damen waren. Die Sitzungen waren durchschnittlich von 51% der Mitglieder besucht. Vorträge wurden gehalten: 1. „Deutsche Sprache und deutsches Leben“ (Rönsch-Droschkau). 2. „Schulleitung und Schulaufsicht“ (Prasse-Gr.-Marchwitz). 3. „Verlauf der Görlitzer Provinzialversammlung“ (Prasse-Gr.-Marchwitz). 4. „Bericht über die Tätigkeit und die neuen Ziele des Pestalozzvereins“ (Lampel-Namslau). 5. „Die Geschichte des Apperzeptionsbegriffs“ (Grunwald-Namslau). 6. „Schiller, zum 150. Geburtstag“ (Hussel-Namslau). 7. „Bach und Händel“ (Neugebauer em.-Namslau). Berichterstatte aus der „Deutschen Schule“ war Kollege Bürger-Jakobsdorf, der besonders eingehend referierte über „Das Persische Schulwesen“, „Kirche, Lehrerschaft, Religion“, „Kinder und Landstreicher in den Vereinigten Staaten“. Kollege Reigler-Bachwitz, zurzeit aktiver Preuße, berichtete über aktuelle Schulfragen an der Hand der „Schlesischen Schulzeitung“ und verschiedener Tageszeitungen. Einen breiten Raum in den Sitzungen nahm naturgemäß die Besprechung des Standes der Besoldung bis zu deren endgültigen Erledigung, sowie der Kampf und Abfall der Gleichstellungsfreunde ein. Kollege Wojanski-Strehlitz referierte zu letzterem über die Broschüre: „Der Preussische Lehrerverein und seine Gegner“, Kollege Scheibe-Elguth über „Die Versammlung zu Öls“, wo der Führer der Gegner, Hauptlehrer Herrmann-Friedersdorf, persönlich zu Worte kam. — Die in der letzten Sitzung des Jahres einstimmig gefaßte Resolution, auch weiterhin der alten Fahne im Vertrauen auf die bewährte Führung einmütig folgen zu wollen, gibt davon beredtes Zeugnis, welche Stellung der Verein einzunehmen nach wie vor entschlossen ist. Für das Denkmal Philos vom Walde wurden aus der Vereinskasse 15 \mathcal{M} gestiftet. Am Schluß des Jahres verlor der Verein unerwartet durch den Tod ein liebes, wertvolles Mitglied, den Kollegen Jaite-Hönigern, der allzeit im Kollegenkreise ein Vorbild idealen Strebens und echter Kollegialität war.

Waldenburg 1. Schl. Vorsitzender: Lehrer Gierth-Nd.-Hermsdorf. Der Lehrerverein Waldenburg vollendete mit diesem Jahre das 42. Jahr seines Bestehens. Eine Fülle von Arbeit wurde auch in diesem Jahre geleistet. Es wurden insgesamt 14 Sitzungen, 3 Vorstandssitzungen und eine Generalversammlung abgehalten. In den Sitzungen wurden 8 Vorträge, 8 Referate und eine Vorlesung gehalten und 3 Berichte erstattet. Die Themen der Vorträge und Referate waren folgende: a) Vorträge: 1. „Judas Ischarioth“ (Tix). 2. „Joseph Haydn“ (Grübel). 3. „John Milton“ (Nier). 4. „Heinrich Heine“ (Gutsche). 5. „Bodenreformen“ (Pangratz). 6. „Hermannschlacht“ (Felbrich). 7. „Die geologische Tätigkeit der stehenden Gewässer“ (Baum). 8. „Die Völkerkunde im Dienste des psychologischen Unterrichts“ (Patzke). b) Referate: 1. „Zwischen den Polen“ (Bartlog). 2. „Kommunalsteuerfreiheit der Lehrer“ (Maskos). 3. „Die jüngste Erdbebenkatastrophe im Lichte der Pendulationstheorie“ (Bartlog). 4. „Moderne Erziehungsstendenzen“ (Maskos). 5. „Praktischer Grammatikunterricht in der Volksschule“ (Langner). 6. „Aus dem Jahrbuche des Vereins für Geschichte Schlesiens“ (Menzel). 7. „Die geistige Leistungsfähigkeit der Schüler unter dem Einfluß der Ermüdung und Erholung“ (Maskos). 8. „Der Preussische Lehrerverein und seine Gegner“ (Melzer). Die Vorlesung wurde vom Kollegen Stehr aus seinem neuesten Werke „Drei Nächte“ gegeben. Berichte wurden erstattet: 1. „Über die Tätigkeit des Kreisbureaus in der Besoldungsangelegenheit“ (Gierth). 2. „Über die Provinzialversammlung in Görlitz“ (Kohlheim, Jagsch, Krause, Binner). 3. „Über die Tätigkeit des Kreisbureaus in der Angelegenheit der Mietentschädigung“ (Gierth). Ein Kursus für „Wissenschaftliche Vorlesungen“ fand in diesem Jahre nicht statt. Es wurde aber die Abhaltung eines solchen beschlossen, der am 15. Januar 1910 seinen Anfang nehmen soll. Herr Professor Dr. Ziekursch-Breslau wird in 5 Doppelvorlesungen über „Preußen in den Jahren 1803–1812“ sprechen. Der Verein zählte 6 Ehrenmitglieder und 69 außerordentliche, in Summa 75 Mitglieder. Zu den Ehrenmitgliedern gehört seit Beginn des Jahres 1909 unser langjähriger Vorsitzender, Herr Hauptlehrer Reimann,

der wegen seiner großen Verdienste um den Verein zum Ehrenvorsitzenden ernannt worden ist. Die ordentlichen Mitglieder amtieren in den Orten Waldenburg, Ober-Waldenburg, Dittersbach, Nieder-Hermsdorf, Weißstein, Neu-Weißstein und Lehmwasser. Vier Mitglieder, nämlich die Kollegen Jagsch, Uhse, Zimmermann und Krause konnten in diesem Jahre auf eine 25jährige Amtstätigkeit zurückblicken. Der Verein ehrte sie durch Entsendung von Glückwunsch-Deputationen und Überreichung von Jubelgaben. Eine gemeinsame Feier zu Ehren der Jubilare wurde im Hotel „Kaiserhof“ veranstaltet. Der Verein besitzt eine eigene Bibliothek, die im Zimmer der Kreislehrerbibliothek untergebracht ist und von den Kollegen Friedrich und Nier verwaltet wird. Der Verein ist korporatives Mitglied des Deutschen Schulvereins, des Vereins für Geschichte Schlesiens und des Vereins für Verbreitung von Volksbildung. Vom Verein „Deutsches Lehrerverein“ besteht innerhalb unseres Vereins eine besondere Pflege-schaft, die zurzeit 18 Mitglieder zählt. Ein Teil unserer Mitglieder gehört auch dem Deutschen Lehrerverein für Naturkunde (Zweigverein Dittersbach) an. Eine größere Anzahl sangesfreudiger Mitglieder sind dem neugegründeten „Lehrer-Gesangverein Waldenburg“, der unter der Leitung des Herrn Kantor Gaul-Waldenburg steht und 100 Mitglieder zählt, beigetreten. Im Laufe des Jahres wurde innerhalb des Vereins eine Abteilung für Schulpolitik gegründet. Sie soll die Mitglieder bekannt machen mit der Stellung der einzelnen Parteien zu den Fragen der Schule und des Lehrerstandes. — Für ihre Hinterbliebenen haben die Mitglieder durch Beitritt beim Waldenburger Pestalozzverein bzw. der Witwen- und Waisenkasse der Lehrer des Kreises Waldenburg Fürsorge getroffen. Ein Familienbeirat, dessen Tätigkeit durch besonderes Statut geregelt ist, steht beim Tode eines Mitgliedes den Hinterbliebenen ratend und helfend zur Seite. Die Gleichstellungsbewegung hat sich in unserm Verein weder Sympathie noch Gefolgschaft erringen können.

Laurahütte-Siemianowitz. Vorsitzender: Hauptlehrer Knappe-Siemianowitz. Die Tätigkeit des Vereins gruppiert sich um 11 Vereins- und 5 Vorstandssitzungen. An den 11 Vereinssitzungen standen folgende Vorträge auf der Tagesordnung: 1. „Tiefseeforschung“ (Giersdorf). 2. „Der Darwinismus“ (Römer). 3. „Phänologische Beobachtungen in der Insektenwelt“ (Schmack). 4. „Der Kampf gegen die Schund- und Schmutzliteratur“ (Wemmer). 5. „Welche Zweige des deutschen Sprachunterrichts haben durch die Bestrebungen der letzten Zeit besondere Beachtung erfahren und welche Bedeutung haben sie für die Volksschule?“ (Giehmann). 6. u. 7. „Die Einigung Deutschlands“ (Gröger). 8. „Über nervöse und psychische Störungen der Jugend“ (Düring). 9. „Die physische Anthropologie“ (Spallek). Kollege Römer gab im November einen Bericht über den diesjährigen Universitätskursus in Breslau, an dem er teilgenommen hat. Die drei Vertreter des Vereins auf der Provinzial-Lehrerversammlung in Görlitz (Gnappe, Halmheiser und Schneider) berichteten in der Juni-Sitzung ausführlich über die Pestalozzvereins-Delegierten und Allgemeine Versammlung. Außerdem wurde in mehreren Vereins-sitzungen aus den Schulzeitungen und aus der Zeitschrift „Neue Weltanschauung“ referiert. Die Schund- und Schmutzliteratur bekämpfte der Verein durch entsprechende Artikel in der Ortszeitung und durch Flugblätter. — Der Besuch der Versammlungen war durchweg ein reger: die Frequenz stieg auf 58%. Zu Beginn des Vereinsjahres 1909 zählte der Verein 1 Ehrenmitglied und 55 ordentliche Mitglieder. Sechs Kollegen schieden aus; sieben neue Mitglieder wurden willkommen geheißen. Das 25jährige Amtsjubiläum zweier unserer Mitglieder (Sommel und Urbanek-Gleiwitz, letzterer ist Ehrenmitglied des Vereins), wurde durch wohlgelungene Feiern festlich begangen. — Die „Laurahütter Sammlung von Mineralien und Mineralprodukten“ hatte im letzten Jahre wenig Absatz. Die Vereinsbeiträge mußten, da sich die Ausgaben gewaltig erhöht haben, von jährlich 6 \mathcal{M} auf 8 \mathcal{M} erhöht werden. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Schönau-Niederkreis. [Päd. Verein.] Vorsitz.: Kantor Krause-Schönwaldau. Unser Verein zählte am Anfange und Ende des Jahres 22 Mitglieder. Durch Stellenwechsel schieden 5 Mitglieder aus und ebensoviel traten ein. Leider hat uns auch dies Jahr der Tod ein liebes, treues Mitglied entrissen und zwar unsern langjährigen Alterspräsidenten, den Lehrer Gustav Wölffer in Röversdorf. In dem verfloffenen Vereinsjahre sind 10 ordentliche Sitzungen abgehalten worden. Die Zahl der die Sitzungen besuchenden Mitglieder betrug zusammen 73,3%. Es wurden folgende Vorträge gehalten: 1. „Über kleinere literarische Kunstwerke in der Volksschule“ (Herrmann). 2. „Die Nervosität und deren Heilung“ (Köhler). 3. „Lust und Liebe zur Farbe“ (Schröter). 4. „Die neue Zeichenmethode“ (Bauer). 5. „Winke für Überwachung des Schulbetriebes, auch für den Schulbetrieb selbst kurz zusammengestellt von einem Königlichen Lokal-schulinspektor“ (Schulz). 6. „Die 17. Weltkonferenz“ (Scholz). 7. „1909, ein Jubeljahr“ (Baum). Der letztere Vortrag war so ausführlich, daß er zwei Sitzungen ausfüllte. — Am 10. Juli, nachmittags, folgten die meisten Mitglieder des Vereins mit ihren Familien-Angehörigen einer Einladung des Kollegen Buchert nach Neukirch, um mit ihm sein 25jähriges Amtsjubiläum zu feiern. Am 6. November beging der Verein sein Stiftungsfest und verband damit

eine Schillerfeier. Das Jahr hat uns endlich das so lange erhoffte Lehrbesoldungsgesetz gebracht und damit der wirtschaftlichen Not unseres Standes ein Ende gemacht. Möchte sich der Staat recht bald unserer Emeriten, Witwen und Waisen, denen die Segnungen des neuen Gesetzes nicht mehr zuteil werden, in fürsorgender Weise annehmen! — Lasset uns festhalten am Ganzen auch im neuen Jahre in alter Treue!

Jänkendorf O/L. Am 1. Januar 1909 begann der Lehrerverein Jänkendorf O/L. sein 34. Geschäftsjahr mit einem Bestande von 28 wirklichen und 2 Ehrenmitgliedern. Erfreulicherweise erhielt der Verein im Laufe des Jahres einen starken Zuwachs an Mitgliedern, es traten die Kollegen Wiesner-See, Jannasch-Niesky, Brendekengensdorf, Geisler-Jänkendorf, Dülfer-Gr.-Radisch, Kramer-Niesky, Nöthel-Horka, Rauh-Niesky, Menzel-Krischa, Schubert-Biesnitz und Burchard-See bei; ausgeschieden sind im Berichtsjahre die Kollegen Wiesner-See, Jannasch-Niesky, Berkling-Rengersdorf, Mertens-Weigersdorf und Tschenisch-Särichen, so daß der Verein nun 35 wirkliche und 2 Ehrenmitglieder zählt. Die Zahl der ordentlichen Sitzungen betrug 12; insgesamt besuchten dieselben 251 Kollegen. Den schwächsten Besuch zeigte die Februar-Sitzung mit 6 Besuchern, am zahlreichsten waren die Versammlungen im September und November, nämlich von 27 Kollegen besucht. Auch der durchschnittliche Besuch stieg, nämlich von 53% im Vorjahre auf 67% im Berichtsjahre. Während des Jahres gab der Verein sein altes Vereinslokal in Jänkendorf auf und verlegte seine Sitzungen zunächst vorläufig nach Niesky; die Sitzung am 25. September fand in Diehsa statt; mit ihr war ein Kränzchen verbunden. In den Sitzungen wurden folgende 9 Vorträge gehalten: 1. „Etwas über Persönlichkeitspädagogik“ (Boigk-Jänkendorf). 2. „Auf den Pfaden Pestalozzi“ (Barthel-Niesky). 3. „Der Sechsstädte-Bund“ (Hoffmann-Gebelzig). 4. „Ferien“ (Staudt-Förstgen). 5. „Die Homöopathie in der Hand des Lehrers“ (Schmidt-Neuhof). 6. „Hans Sachs“ (Hanisch-Gr.-Radisch). 7. „Meine Jugenderinnerungen aus Labrador“ (Jannasch-Niesky). 8. „Über Vogelzug“ (Kramer-Niesky). 9. „Welche Bücher legen wir unserer Jugend unter den Weihnachtsbaum?“ (Barthel-Niesky). In städtlicher Anzahl war der Verein auf der Provinzialversammlung zu Görlitz vom 31. Mai bis 2. Juni d. J. anwesend und war in der Delegiertenversammlung durch die Kollegen Barthel-Niesky und Lemke-Diehsa vertreten; auch für die Nebenversammlungen waren Vertreter bzw. Berichterstatter abgeordnet worden. Die schulpolitischen Strömungen verfolgte der Verein mit größter Aufmerksamkeit; die Stellungnahme zu diesen kennzeichnete er in einer am 30. Juni gefaßten Resolution. Der Jänkendorfer L.-V. gehört zum Gauverbande Rothenburg-Hoyerswerda; eine Gauversammlung fand im Berichtsjahre nicht statt. Die Interessen des Pestalozzi-Vereins, zu welchem alle Kollegen unseres Vereins gehören, förderte er durch regelmäßige Beiträge; auch wurden außerordentliche Einnahmen durch Sammlungen und durch Verkauf von Zigarrenspitzen und des Abreißkalenders erzielt. Die Kollegen spendeten auch Gaben für das in Aussicht genommene Erholungsheim. Der Verein ist Mitglied des Vereins „Deutsches Lehrheim“, sowie auch der „Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung“. Manche gegenwärtige und frühere Mitglieder des Vereins gehören der Sterbekasse des J. L.-V. an, einige Kollegen sind auch Mitglieder des Wirtschaftsverbandes Görlitz. Die Vereinsbibliothek enthält 72 Bände.

Langenau O/L. Wohl noch kein Vereinsjahr hat für unseren Verein so entscheidende Veränderungen gebracht als das soeben vollendete 20. Hat doch der Schnitter Tod allein 4 Lücken in unsere Reihen gerissen. Am 18. Januar verloren wir unseren langjährigen Vorsitzenden, Kollegen Kutter, am 3. Mai starb noch in jungen Jahren Kollege Tzschaschel, ihm folgte am 6. Mai plötzlich Kollege Anderssohn, der als Schriftführer viele Jahre dem Vereine treu gedient hatte. Endlich starb noch am 24. Juli unser Kollege emer. Scheibel. Alle vier gehörten der Gemeinde Langenau an. Auch sonst hat ein reger Wechsel in unserem Vereine stattgefunden. Im Verlauf des Jahres traten 5 Mitglieder neu ein, nämlich die Kollegen Budig-, Bley- und Kunze-Langenau, Riemer-Rothwasser, Waldbrunn-Sohra. Letzterer hat beim Inf.-Reg. 154 sein Jahr abgedient. Dagegen schieden durch Verzug aus die Kollegen Bluschke-Rothwasser, Kunze-Langenau und Nöthel-Sohra. Fräulein Neumann-Rothwasser trat wegen Verheiratung am 1. Oktober aus dem Schuldienst und somit auch aus unserem Verein. Ein Mitglied, Kollege Schmidt-Sohreundorf, trat auf eigenen Antrag aus. Der Verein zählte am Beginn des Jahres 18 Mitglieder. Da 5 hinzutraten, 9 aber starben bzw. austraten, verblieben am Ende des Jahres 14 Mitglieder. Die Vereinssitzungen wurden von durchschnittlich 62% der Mitglieder, gegen 64% im Vorjahre, besucht. Sitzungen wurden 9 abgehalten. In ihnen kamen folgende Themen zur Behandlung: 1. „Verteilung des Lehrstoffes in der Halbtagschule“ (Anderssohn-Langenau). 2. „Das deutsche Drama bis Lessing“ (Kubatzky-Hohkirch). 3. „Die Entwicklung des deutschen Dramas von Lessing bis zum Burgtheater“ (Nerlich-Kieslingwalde). 4. Fortsetzung von 3 (derselbe). 5. „Die Anfänge der deutschen Kultur“ (Haetzelt-Langenau). 6. „Zum

Kampfe gegen den verderblichen Einfluß der Schundliteratur“ (Schubert-Penzig). 7. „Geschichte der schädigenden Toten“ (Scholz-Gruna). 8. „Das Ehrgefühl und seine Bedeutung für die Erziehung“ (Bley-Langenau). 9. „Epilepsie“ (Kubatzky-Hohkirch). An der in der Pfingstwoche tagenden Provinzial-Lehrerversammlung in Görlitz nahmen die meisten Kollegen des Vereins teil; Kollege Scholz-Gruna war Vertreter. Möge unser Verein in diesem Jahre von ähnlichen herben Schicksalsschlägen bewahrt bleiben, das Vereinsleben aber ein recht reges sein, zu reichem Segen für Schule und Haus!

Wochenschau.

Diese Woche sind wir über einige Vorkommnisse nicht wenig erschrocken. Zufällig beim Blättern in Zeitungen stießen wir darauf. Der Toleranzantrag, „daß Beschränkungen der religiösen Freiheit, soweit solche bestehen, auf dem Wege der Gesetzgebung beseitigt werden sollen,“ hat uns kühl gelassen. Auch der am gleichen Tage gestellte sozialdemokratische Antrag, „daß kein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden darf“, hat uns nicht durchschauert. Wußten wir doch, daß beide Sachen in den großen Reichstagspapierkorb fallen werden. Auch gewährte der ganz leere Regierungstisch eine schöne Aussicht. Nein, etwas anderes hat uns aus dem ruhigen Gleichgewicht gebracht. In derselben Sitzung des Reichstages wurde nämlich noch über eine kleine, winzige Vorlage zur Gewerbeordnung verhandelt. Dabei wurden etwa sechs kleine, winzige Reden gehalten. Aber in einer derselben, die der Abg. Manz von der freisinnigen Volkspartei hielt, kam ein Satz vor, der uns bis heute beunruhigt hat. Er lautet nach dem Bericht der „Bresl. Morgenzeitung“ kurz und nackt: „Wir sind der Meinung, daß für die Mädchen der Unterricht im Hauswesen, der Besuch von Kochschulen u. dergl. wichtiger ist als der Elementarunterricht.“ Hat vielleicht noch jemand aus den Reihen unserer alten Zunft- und Zopfpädagogik diesen umkämpelnden Satz gelesen? Und wie ist es ihm dabei ergangen? Als jener Satz im Brustton der Überzeugung gesprochen war, ertönte es von links her „Sehr richtig!“ Möglich, daß im Stenogramm der Wortlaut etwas anders klingt, wiewohl an dem Sinn eigentlich nichts zu ändern ist. Das nennt man doch unverfälschten Fortschritt, volkswirtschaftlichen Zukunftsfreison. Der Ausspruch mutet uns ähnlich an, als wenn von einer Ecke ganz rechts her eine Stimme gemeint hätte, für unsere Bauernjungen ist Düngerefahren und Viehfüttern viel wichtiger als die gesamte Wissenschaft der Elementarschule. Wir hatten Gelegenheit, in einer Gesellschaft von Damen die Probe auf das Exempel zu machen. Anfänglich verhielten sich die Herrscherinnen des Küchendepartements einigermaßen stutzig, bis eine, die im allerbesten Kochgeruche steht, in die drastische Bemerkung ausbrach: „Da sollen wohl wir Frauen dumm bleiben?“ Nun lösten sich die Zungen und man konnte etwa folgende Aphorismen hören: „Das ist doch bloß für die gewöhnlichen Mädels“ — „Natürlich; die Mädchen in den höheren Schulen haben ja keinen Elementarunterricht.“ — „Da sollen sich die Mädels wohl bald nach der Konfirmation als Köchinnen vermieten?“ — „Das Bissel, was diese Leute essen, da brauchen sie doch keinen Kochunterricht.“ — „Und erst recht keinen chemischen.“ — „Da müßte man ihnen später eigentlich auch Fleisch und Kartoffeln und alles andere liefern.“ — „Es wird wohl noch soweit kommen, daß sie in der Schule Säuglingspflege lernen müssen.“ — „Über die Geburt werden sie so schon aufgeklärt.“ — „Mit dem Lesen ist das freilich so eine Sache. Man weiß ja, was die Dinger in der Küche für Schund lesen.“ — „Vor allen Dingen müssen sie Religion lernen. Da darf nichts abgelaßen werden.“ — „Richtig ist es ja, daß sie mal als Mütter ihren Kindern bei den Schularbeiten helfen müssen.“ — Usw.

Neugierig muß man allerdings sein, wie nach zwanzig Jahren solche Mädchenschulen ausschauen werden. Der Schwerpunkt wird in die Küche verlegt. Was soll da alles gestrichen werden? Das neue Schlagwort „Arbeitsschule“ will sehr vorsichtig erwogen sein. Hinter der Hand bleibt uns sonst der Kopf zurück. Und dieser ist doch der Regulator für alle Fertigkeiten.

Erschrocken sind wir auch bei einer andern kurzen Zeitungsnotiz. Das Studium der modernsten pädagogischen Journale, die unter dem Feldgeschrei „Egalité!“ unser Vereinsleben von Grund aus reformieren wollen, ist sonst nicht unsere Passion. Ihre Dreizahl „Wacht“ usw. lassen wir sonst ziemlich unberührt. Nebenbei aber fiel unser Auge auf einen stolzen Antrag, den jene Leutchen am 29. März bei ihrer Landesverbandversammlung in Halle a/S. zu stellen gedenken. Antragsteller ist der Bezirk Magdeburg-Land, und ihr Begehren lautet: „Der Vorstand des „Neuen Preuß. Lehrervereins“ beantragt beim Vorstände des Deutschen Lehrervereins die Aufnahme des Neuen Preuß. Lehrervereins in den Deutschen Lehrerverein.“ — Da soll einer nicht blaß werden. Nun wollen die Herren im Deutschen Lehrerverein gemächlich an unserer Seite marschieren, um uns bald darauf wieder mit derselben Bruderhand in Preußen ganz unbarmherzig anzupacken. Einer ihrer Wortführer ärgert sich schändlich über den § 2 der Satzungen des Deutschen Lehrervereins, worin es heißt:

„Preußische Verbände können nur dann als selbständige Zweigvereine aufgenommen werden, wenn sie bereits dem Preußischen Lehrervereine als solche angehören.“

Gegen diesen Satz zieht der erwähnte Wortführer grimmig los, weil er beweist, daß der D. L. V. intolerant ist. „Er gibt sich den Anschein, als ob unter seinem Dache alle Meinungen Raum hätten, als ob Konfessionalität, Amtscharakter, politische Richtung usw. seiner Mitglieder keinerlei Beschränkungen unterworfen seien. Und dennoch verhält es sich in Wirklichkeit ganz anders.“ — Ein paar Sätzchen nur aus der Beweisführung jenes Herrn seien uns gestattet, da es sich doch um einen so überaus großartigen Antrag handelt. Da heißt es:

„Der Deutsche Lehrerverein hat vorsorglich allen preußischen Lehrerverbänden — wir sind nicht die allein Betroffenen — die nicht zum Preußischen Lehrerverein gehören, seine Tore verammelt. Wer die Schulpolitik des Preußischen Lehrervereins nicht mitmachen kann, der ist auch im Deutschen Lehrerverein geächtet, wenn er nicht — rückgratlos genug ist, seine Überzeugung zu verkaufen.“

„Haben die Führer des Deutschen Lehrervereins wirklich ein moralisches Recht, sich über die Unduldsamkeit des elsässischen Klerus zu beklagen, solange sie selber intolerant gegen ihre eigenen Standesgenossen handeln?“

„Wollen die Herren vom Geschäftsführenden Ausschuss vielleicht einmal Aufklärung darüber geben, warum sie von den preußischen Lehrern, sofern sie dem Deutschen Lehrerverein angehören wollen, verlangen, daß sie bedingungslos dem Preußischen Lehrerverein Folge leisten müssen? Ist das Toleranz? Ist das Freiheit?“

„Während der Deutsche Lehrerverein die reichsländischen Lehrer in ihrem Kampf um den Eintritt in seine Reihen nach Kräften unterstützt, verweigert er dem „Neuen Preußischen Lehrerverein“ geflissentlich den Beitritt, sofern er nicht reumütig Buße tun will.“

Paßt auf, die Neupreußen nehmen in Halle den Antrag ruhig an, wiewohl der Wachtredakteur selbst meinte: „So lange keine Satzungsänderung den § 2 ausmerzt, wird alle Mühe vergeblich sein.“ Steht dann der Antrag in Straßburg zur Verhandlung, dann wird man wohl, wie die Dinge liegen, ohne weiteres darüber zur Tagesordnung übergehen. Wie sollte es anders möglich sein? Man kann doch nicht seine eigenen Bollwerke zerstören.

Einen kleinen Schreck bekamen wir, als jüngst die Zeitungen meldeten, daß unser Preßkollege Meyerhüfer von der „Bayer. Lehrertg.“ eine scharfe Rüge wegen seines Vorgehens in der Frage der geistlichen Schulaufsicht von seiner Bezirksregierung in Mittelfranken erhalten hat. In der neuesten Nummer seines Blattes glaubten wir Aufklärung zu finden, lasen aber nur, daß M. an die Königl. Regierung die Bitte gerichtet habe, ihm

die fraglichen Stellen, die ihren Unwillen hervorgerufen haben, aber nicht näher bezeichnet waren, angeben zu wollen. Wenn die Schriftstücke in seinen Händen sein werden, will er die Kollegen informieren. Aus allen Teilen des Landes sind ihm bereits anerkennende Zuschriften zugegangen, die alle das volle Einverständnis mit der Haltung des Vereinsorgans bekunden. Gewiß werden auch wir dann diesen Dokumenten manche heilsame Nutzbetrachtung entnehmen können.

Mitteilungen.

Berlin. [Der Zentralausschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung], der am 9. d. Mts. unter dem Vorsitz des Prinzen Heinrich zu Schönauich-Carolath im Reichstage zusammentrat, stellte den Etat der Gesellschaft für das Jahr 1910 in Einnahme und Ausgabe auf 421000 \mathcal{M} fest, die Einnahmen betragen u. a. aus Mitgliederbeiträgen 100000 \mathcal{M} , für Bibliotheks begründungen 225000 \mathcal{M} , Zinsen 27000 \mathcal{M} , für Vorträge und Agitation 12000 \mathcal{M} , aus der Rickertstiftung 3000 \mathcal{M} , aus der Abeggstiftung 5000 \mathcal{M} , aus der Dr. Cuvryschen Erbschaft 3000 \mathcal{M} . Die Lichtbilder-Verleih-Anstalt hat eine Einnahme von 25000 \mathcal{M} . Von den Ausgaben nimmt die Begründung und Unterstützung von Volksbibliotheken nicht weniger als 270000 \mathcal{M} in Anspruch. Für lokale Bildungszwecke wurden 25000 \mathcal{M} , für Vorträge und Agitation 27000 \mathcal{M} , für die Zeitschrift „Volksbildung“ 24000 \mathcal{M} und für die Lichtbilder-Verleih-Anstalt 20000 \mathcal{M} ausgeworfen. Für die übrigen Zwecke der Gesellschaft wurden geringere Beiträge zur Verfügung gestellt. — Die diesjährige Hauptversammlung findet in Lübeck in den Herbstferien statt. Die Verhandlungen der Versammlung sollen betreffen: „Die Anschauung und Anschauungsmittel in der Volksbelehrung und Volksunterhaltung“. Die Vorträge und Besprechungen darüber sollen durch Demonstrationen und Ausstellungen ergänzt werden. — Der Zentralausschuß nahm Kenntnis von einem Angriff, der aus den Kreisen der evangelischen Geistlichkeit der Provinz Posen auf die Gesellschaft sowie auf die Einrichtung der staatlichen Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in Posen erfolgt ist. Die Angriffe erscheinen geeignet, die Volksbildungsarbeit in den Ostmarken zu schädigen. Der Zentralausschuß spricht sein Bedauern darüber aus. — Vorgelegt und genehmigt wird ein Plan zur Begründung von „Eigenbüchereien“, womit eine neue Abteilung der Bibliotheksarbeit der Gesellschaft eröffnet wird.

Breslau. [Zeichenlehrer-Verein.] Am 2. Februar d. J. hielt der Breslauer Zeichenlehrer-Verein die erste Sitzung im neuen Vereinsjahr bei Schlössel, Ketzberg 10, ab. Der neue Vorsitzende Kollege Benter, begrüßte die erschienenen Mitglieder und Gäste, vor allem die Damen. Nach Verlesung des Jahresberichts und Erstattung des Kassenberichts hielt Herr Benter seinen Vortrag: „Wie läßt sich der Zeichenunterricht für unsere Volksschule praktischer gestalten?“ Redner verglich den Lehrstoff im Zeichnen in den Klassen 6, 5 und 4 mit den in den unteren Klassen der mittleren und höheren Schulen, wies auf das höhere Alter und die größere Intelligenz der Mittelschüler hin und erwähnte, daß trotzdem von unseren Volksschülern die Erreichung des gleichen Zieles vorausgesetzt und erwartet würde; man wolle, schon der Konkurrenz wegen, Ausstellungsarbeiten erzielen, dabei verschwinde aber bei Lehrern und Schülern vielfach die Freude beim Unterricht der neuen Zeichenmethode. Er forderte daher schließlich, daß in den erwähnten drei Klassen noch kein Zeichenunterricht zu erteilen sei, daß vielmehr die freigewordenen Stunden anderen Fächern zugute kommen könnten. Man werde dann trotzdem den Lehrstoff im Zeichnen in den oberen Klassen vollständig bewältigen können. — In der Debatte erklärten sich einige Mitglieder gegen die zu weit gehenden Forderungen des Referenten; man wies unter anderem darauf hin, daß leider der Zeichenunterricht in den unteren Klassen als gesonderte Disziplin auf trete; würde er im Zusammenhange mit anderen Unterrichtsfächern, besonders mit Himmelmunde, erteilt werden, dann würden auch die zu weit gehenden Forderungen verschwinden. Die Mehrzahl der Anwesenden stimmte daher nur dem veränderten Antrage zu, daß der Zeichenunterricht nur in Klasse 6 überflüssig sei und die betreffende Zeichenstunde daher anderweitig Verwendung finden könne. Die Kassenführung wurde geprüft und für richtig befunden; der Stand der Kasse wurde als sehr erfreulich bezeichnet. Nachdem noch die Themen für die nächsten Vorträge bekannt gegeben worden waren, beschloß der Verein, Ort, Zeit und Ausführung des Vereinsvergnügens dem Vorstände zu überlassen. Kollege Benter hatte eine Ausstellung von Schülerzeichnungen von Knaben der Oberstufe arrangiert, die eingehend gewürdigt wurde.

— [Gesangverein Breslauer Lehrer.] Dem Gesangverein Breslauer Lehrer war in dem neuen Jahre in besonderem Maße Gelegenheit gegeben, die große Werbekraft des guten Männergesanges darzutun: am 20. Januar gab er sein großes Konzert vor vollständig ausverkauftem Hause, und schon am 9. Februar sah er bei seinem

2. Konzerte den großen Konzerthausaal wieder von einer andächtig lauschenden Menge gefüllt. Das Konzert stellte in seinem Chorprogramm eine Wiederholung des 1. Konzertes dar, und die Chöre wurden mit demselben künstlerischen Erfolge gesungen wie am 20. Januar. Ja, es wurden sogar Stimmen laut, welche die Chorleistungen beim 2. Konzerte noch über die des ersten stellten. — Zu solistischer Mitwirkung waren Fr. Helene Kiesel und Herr Konzertmeister Heinrichs gewonnen worden. Unsere treffliche Altistin errang mit den Gesängen von Fr. Schubert, M. Bruck, Pfitzner und Hugo Wolf wieder einen schönen, großen Erfolg. Wolfs „Er ist's“ — eine besondere Glanznummer unsrer Künstlerin — mußte auf stürmisches Verlangen wiederholt werden. Herr Heinrichs wußte seiner Violine so wundervolle Klänge zu entlocken, daß man selbst eine musikalische Nichtigkeit dankbar entgegennahm. Auch er wurde mit Beifall überschüttet, für den er durch eine unbegleitete Zugabe dankte. Kollege Staake war den Solisten wieder ein vorzüglicher Begleiter am Klavier. (Steinweg-Bocksch.) Um den Besuch des Konzertes auch den breiten Schichten der weniger Bemittelten zu ermöglichen, wurden nur halbe Eintrittspreise erhoben. (1,50 — 1,00 — 0,50 *M.*)

— [Begräbniskasse Breslauer evangel. Lehrer und Lehrerinnen.] Am 6. Februar d. J. fand im Schulhause Taschenstraße 29/31 die ordnungsmäßig einberufene Mitgliederversammlung statt. Der erste Vorsitzende Rektor Rätber eröffnete dieselbe durch einen mündlichen Bericht über die im abgelaufenen Jahre ganz besonders günstige Entwicklung der Kasse. Bekanntlich muß jede derartige Kasse nach gesetzlicher Vorschrift alle fünf Jahre durch einen staatlich empfohlenen Mathematiker eingehend geprüft werden. Auf Grund des im März 1909 eingegangenen Gutachtens von dem Mathematiker Dr. Kupferberg in Berlin und unter Zustimmung der hiesigen Königl. Regierung wurde am 1. Mai 1909 das Begräbnisgeld von 240 *M.* auf 270 *M.* erhöht. Es sei nicht zweifelhaft, meinte der Vorsitzende, daß in einigen Jahren weitere Erhöhungen des Begräbnisgeldes würden eintreten können. Seine Ausführungen fanden einmütigen Beifall. Den Kassenbericht erstattete hierauf unser verehrter Kassenführer E. Vogt. Aus dem sehr eingehenden Berichte seien nur folgende Angaben hervorgehoben: Im Rechnungsjahre 1909 starben nur 5 Mitglieder, während 13 neu hinzutraten. Die Mitgliederzahl ist dadurch von 550 auf 558 angewachsen. Es gehören der Kasse gegenwärtig 292 Lehrer, 102 Lehrerinnen, 29 Handarbeitslehrerinnen und 135 Ehefrauen an. Die Gesamtannahme betrug im abgelaufenen Rechnungsjahre 1909 5863 *M.*, die Gesamtausgabe nur 1419 *M.*, der zu kapitalisierende Überschuß also 4444 *M.*, gegen 2816 *M.* im Vorjahre. Das Kassenvermögen stieg daher 1909 auf 30458 *M.* gegen 26013 *M.* im Jahre 1908 und 14000 *M.* im Jahre 1904. Es ist in mündelsicheren Papieren in einem Schrankfache der städtischen Bank aufbewahrt. — Seit Begründung der Kasse im Jahre 1880, also seit 29 Jahren, sind 206 Mitglieder gestorben. Die ältesten Mitglieder haben bis Ende 1909 an Beiträgen gezahlt 122,60 *M.*, während sie beim Todesfalle z. Z. erhalten 270 *M.* Die besonderen Vorteile unserer Kasse sind die fast völlig kostenlose Verwaltung derselben, die kostenfreie Aufnahme der Mitglieder und die sofortige Auszahlung des Sterbegeldes bei Anmeldung des Todesfalles. Herr Kollege E. Vogt erntete von der Versammlung für seinen Bericht lebhafteste Anerkennung. — Über die am 23. Januar d. J. in Gegenwart des Vorstandes von den Herren Kollegen Kröker und Hain und Fr. Lucie Langer vorgenommene Kassenrevision erstattete Herr Kröker eingehend Bericht unter Hinweis auf die sorgfältige Kassenführung. Gern wurde die beantragte Entlastung erteilt und dem gesamten Vorstande, dessen zweijährige Wahlperiode erst 1911 abläuft, der Dank der Versammlung ausgesprochen. — Es wurde beschlossen, jedem Kassenmitgliede wie im Vorjahre einen gedruckten Bericht zuzusenden.

— [Kursus für Hilfsschullehrer im Oktober d. J.] Von der städtischen Schulverwaltung ist ein Kursus zur Ausbildung von schlesischen Hilfsschullehrern für den Herbst d. J. geplant worden. Hierbei sollen wissenschaftliche Vorträge aus der Psychologie, der Psycho-Pathologie, der Psychiatrie und der Sprachheilkunde gehalten werden. Hierfür sind die Herren Universitätsprofessor Dr. William Stern, Hilfsschularzt und Oberarzt Dr. med. Chotzen und Professor Dr. med. Brieger gewonnen worden. Ferner soll eine Einführung in die gesamte Arbeit der Hilfsschule wie auch eine methodische Behandlung der Sprachgebrechen erfolgen. Hieran werden sich praktische Arbeiten in der Hilfsschule und in Stammler- und Stottererkursen, ein Modellierkursus und eine Reihe von Besichtigungen anschließen. Ein genauer Arbeitsplan wird später herausgegeben werden.

— Herr Lehrer Theißig, unser kunstreicher, wackerer Kollege, ist zum Zeichenlehrer am Realgymnasium zum hl. Geist ernannt worden. (Wir gratulieren herzlich und wünschen reich gesegnete Erfolge! Die Redaktion).

— Auf das Inserat in No. 5 des Mutter- und Krankenhauses Gnesen weisen wir auch an dieser Stelle hin. Es handelt sich in diesem Falle nicht um Krankenpflege allein, sondern auch um Abzweigungen in Apotheke, Küche, Bureau, Haushalt etc. Bis jetzt sind, wie uns berichtet wird, Anfragen aus Schlesien nur vereinzelt eingelaufen.

Beuthen O.-S. [Den Doktorgrad] erwarb an der Universität Zürich der technische Lehrer Paul Mahner vom hiesigen königlichen Gymnasium. Der Genannte, der früher an den Schulen in Scharley hiesigen Kreises amtierte, genoß später die Ausbildung als Turnlehrer und erhielt Anstellung am hiesigen Gymnasium. Mahner nahm auch an einem Ausbildungskursus für Taubstummenlehrer teil.

Bunzlau. Der hiesige Lehrerverein hielt am vergangenen Sonnabend seine Monatssitzung ab, die recht gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Kollege Voigt, in ehrenden Worten des am 12. d. Mts. verstorbenen Mitgliedes unseres Vereins, des Lehrers Weidner. Die Versammlung ehrte das Andenken des teuren Entschlafenen in üblicher Weise. — Als Gast erschienen war „Vater Köhler-Breslau“. Das war eine große Freude für alle Anwesenden. Wer hätte sich auch nicht darüber freuen sollen! Kollege Voigt hielt es für seine Pflicht, im Namen des Bunzlauer Lehrervereins die Verdienste des „Vaters Köhler“ um das Lehrervereinswesen gebührend zu würdigen und kundzutun, daß der hiesige Lehrerverein nach wie vor treu zur Vereinsfahne des Preussischen Lehrervereins hält. Kollege Köhler dankte herzlich für die freundliche Begrüßung. Zum Schluß der Sitzung regte Kollege Vietzke an, dahin zu wirken, daß die Schlesische Schulzeitung geheftet erscheinen möge.

Königshütte O/S. Die Hilfskasse des Vereins kathol. Lehrer Königshütte O/S. hat auch in dem am 31. Dezember 1909 abgelaufenen 4. Geschäftsjahre eine günstige Entwicklung genommen. Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten 2 Jahren mehr als verdoppelt. Am Schlusse des 4. Geschäftsjahres gehörten der Kasse 570 Mitglieder mit 630 Geschäftsanteilen zu je 200 *M.* an, die eine Haftsumme von 189000 *M.* vertreten. Das Geschäftsguthaben der Mitglieder erreichte die Höhe von 41345,46 *M.* An Darlehen wurden im abgelaufenen Geschäftsjahre 129587,50 *M.* ausgeliehen und 60929,55 *M.* zurückgezahlt. Das Darlehenskonto weist einen Bestand von 247315,45 *M.* auf. Welches Vertrauen sich die Genossenschaft während der kurzen Zeit ihres Bestehens erworben hat, beweist der hohe Stand der Spareinlagen, die am 31. Dezember 1909 *M.* 190349,26 betragen. Spargelder verzinst die Genossenschaft mit 4 bzw. 4 1/3 %. Der Reservefonds weist einen Bestand von 2897,99 *M.* auf, wozu noch vom Gewinne rund 1178 *M.* treten. Im abgelaufenen Geschäftsjahre ist ein Gewinn von 3889,73 *M.* erzielt worden. Von demselben konnte auch in diesem Jahre eine Dividende von 6% an die Mitglieder gezahlt werden. Zur Erleichterung des Geldverkehrs mit den auswärtigen Mitgliedern hat die Genossenschaft unter No. 2165 beim Postscheckamt Breslau ein Postscheckkonto eingerichtet. Darlehen werden gegen sichere Bürgschaft bis zu 3000 *M.*, Lombarddarlehen bis zu 5000 *M.* gewährt. Der Witwenkasse zu Kattowitz wurde durch Generalversammlungsbeschluß der Betrag von 40 *M.* überwiesen.

Loslau. [Der Titel „Kantor“] ist vom Evang. Oberkirchenrat im Einverständnis mit dem Unterrichtsminister dem Lehrer und Organisten Wasner von hier verliehen worden.

Oberschlesien. [Die Folgen der Ablehnung der Ortszulagen] machen sich im ober-schlesischen Industriebezirk schon deutlich bemerkbar. Nicht nur, daß Lehrer diese Gegend verlassen und anderwärts Stellen annehmen, sondern es fällt schwer, für die zahlreichen neuen Lehrerstellen, die infolge des rapiden Steigens der Schülerzahl errichtet werden müssen, die nötigen Lehrkräfte aus anderen Gegenden zu gewinnen. In der zu Deutsch-Piekar bei Beuthen O.-S. gehörigen Kolonie Josephstal, wo am 1. Oktober v. J. eine zweite Lehrstelle errichtet wurde, konnte bisher eine Lehrkraft dafür nicht beschafft werden. Mehrere Lehrer, die sich gemeldet hatten, zogen bald wieder ihre Bewerbungsgesuche zurück. Der Mangel an Lehrkräften wird im hiesigen Industriebezirk ein großer werden, sobald allgemein bekannt geworden sein wird, daß Ortszulagen nirgends bewilligt werden.

— [Übereinstimmung der Stoffverteilungspläne mit dem Hauptlehrplan.] Die ober-schlesischen Schulleiter haben zu bescheinigen, ob die Stoffverteilungspläne mit dem Hauptlehrplan der Schule genau übereinstimmen. Daran kehren sich aber einzelne Kreisschulinspektoren nicht. Im ober-schlesischen Industriebezirk sind in dem einen Aufsichtsbezirk sämtliche Stoffverteilungspläne von einem Kreisschulinspektor mit roter Tinte korrigiert und nach seinem Gutdünken abgeändert worden. Manchem Lehrer blieb nichts übrig, als die verbesserten Stoffverteilungspläne ein zweites Mal aufzustellen, wodurch dem betreffenden eine doppelte Arbeit erwachsen ist. — Wir fragen: „Wozu sind die von der Schulaufsichtsbehörde genehmigten Hauptlehrpläne da, wenn derartige Abweichungen von ihm gestattet werden?“

Oppeln. Herr Regierungspräsident von Schwerin besuchte in Begleitung der Herren Oberregierungsrat Dr. Küster, Regierungs- und Schulrat Kolbe und Regierungsassessor Branweiler die Februar-sitzung des hiesigen Lehrervereins. Den beiden Vorträgen: „Der Lehrer und die freie Volksbildungsarbeit“ (Scholz) und „Welche Gefahren bedrohen in der Gegenwart unsere Jugend und wie ist ihnen entgegen zu wirken?“ (Radziej) folgten die Herren mit sichtlichem Interesse. Der Herr Regierungspräsident dankte den Referenten für die vielen Anregungen und wünschte den Vereinen guten Erfolg für seine wichtige soziale Arbeit. Auch die Behörde achte stets auf die in den Vorträgen erwähnten Gefahren, könne jedoch nur bei Unter-

stützung durch weite Kreise auf Erfolg rechnen. Schließend versprach der Herr Präsident, gern wieder Sitzungen des Lehrervereins beizuwohnen.

Oppeln. [Obstbaukursus für Volksschullehrer.] Behufs Unterweisung von Volksschullehrern im Obstbau wird am Königl. Pomologischen Institut in Proskau in der Zeit vom 18. bis 30. April und vom 2. bis 12. August d. J. ein Unterrichtskursus abgehalten werden.

— [Von der Regierung.] Oberregierungsrat Dr. Küster von der hiesigen Regierung wird nun doch von hier scheiden. Seine Versetzung erfolgt zum 1. April d. J. Der Verbandsbibliothekar Kaisig hat bereits den Volkssbibliotheken Mitteilung davon gemacht.

Ratibor. [Das Recht der Entlassungsprüfung] hat der Unterrichtsminister der Preussischen Lehrerinnenbildungsanstalt hier selbst verliehen. — Die diesjährige Lehrerinnenprüfung findet am 14. März statt.

Brandenburg. [Gleichstellungsfreunde und Bund der Landwirte.] Der „Päd. Ztg.“ wird geschrieben: Bisher haben die Lehrer immer geglaubt, daß alle Parteien für die Gleichstellung der Lehrer eingetreten seien, in No. 2 vom „Bund der Landwirte“ werden wir eines andern belehrt. Es heißt da: In einer Bundesversammlung zu Strega im Kreise Guben führte nach uns zugehender Mitteilung Herr Lehrer Bolz aus Mehlen folgendes aus: „Endlich ist der Tag gekommen, an welchem ich meinen Dank dem Bund der Landwirte aussprechen kann. Es ist keine Frage, der Bund der Landwirte ist der einzige gewesen, der auch für uns Landlehrer Gerechtigkeit gefordert hat, nämlich Gleichstellung der Landlehrer mit den städtischen Lehrern. Wenn auch der Bund mit dieser gerechten Forderung noch nicht durchgedrungen ist, so hoffe ich ganz bestimmt, daß die Zeit nicht mehr so fern ist, wo es mit wachsender Macht und Kraft dem Bunde der Landwirte gelingen wird und muß, diesen Akt der Gerechtigkeit durchzudrücken. Wir aber, wir Lehrer, Freunde der Gleichstellung, wir geloben unsererseits für den Bund der Landwirte zu kämpfen und zu streiten, wie es einem wahren Freunde zukommt. Und der Bund soll sich nicht irre machen lassen von den Lehrern, die heute noch Gegner des Bundes der Landwirte sind. Auch deren Augen werden früher oder später einmal einsehen, daß der Bund der Landwirte der beste Vertreter des gesamten Mittelstandes ist, wie er auch in erster Linie für uns Lehrer eintritt. Nun bitte ich nochmals, meinen Dank zunächst dem Vorstände des Bundes und sodann allen Mitgliedern des Bundes der Landwirte abzustatten.“ Fehlt bloß noch: Besonders danke ich dem Bund der Landwirte, daß er den Bestrebungen des Zentrums und der Liberalen entgegengetreten ist, für den Landlehrer eine ausreichende Wohnung zu fordern und die jetzigen Lehrerwohnungen daraufhin untersuchen zu lassen!

Schöneberg. Der Magistrat der Stadt Schöneberg bei Berlin schickt den Eltern, die einen Familienzuwachs zu verzeichnen haben, folgendes Schreiben ins Haus: „Die städtischen Körperschaften haben beschlossen, jedem in Schöneberg geborenen Kinde ein Sparbuch über eine Mark zu stiften. In Ausführung dieses Beschlusses übersenden wir Ihnen ergebenst das beifolgende Sparbuch und hoffen, daß die auf Betätigung des Sparsinns hinzielende Anregung zugunsten des jungen Erdenbürgers von bestem Erfolge begleitet sein möge.“

Ostpreußen. In einem längeren Artikel über die dortige Lutherstiftung von A. Kankleit in Königsberg ist auch eine Beschreibung des Pestalozzihauses, das in Rauschen für arme Witwen und Waisen errichtet worden ist, enthalten. Es wird darin mitgeteilt: Dieses Haus hat den Zweck, die Witwen und Waisen, die noch etwas erwerben können, durch Gewährung eines vollständig unentgeltlichen Erholungsaufenthalts in die Lage zu bringen, dauernd dem Erwerbe nachgehen zu können, um auf diese Weise weder dem Staat noch sonst jemand zur Last zu fallen. Auch die hohe Behörde beteiligte sich in hervorragender Weise an diesem großen sozialen Werk. Regierung und Pestalozziverein sind nun im innigen Bemühen dabei, zu verhindern, daß arme Menschenkinder aus Mangel an Geldmitteln zugrunde gehen. Im vorigen Jahre bereits sind in Rauschen 120 schwache und kranke Angehörige des Lehrerstandes wieder gesund und erwerbsfähig geworden und schauen nun fröhlich in die Zukunft, und 150 arme Witwen und Waisen sollen nun alljährlich in gleicher Weise hier ihre Gesundheit wiederfinden. Der Pestalozziverein, der bis dahin die Losung hatte: „Hilf den andern“, schreibt jetzt auf seine Fahne das Wort: „Hilf den andern, sich selber zu helfen“. Der Verfasser gedenkt auch mit Freude der Unterstützung, die die Lehrertöchter im Pestalozzihaus durch die Lutherstiftung gefunden haben. Manche Lehrertöchter sahen mit Sorgen in die Zukunft. Viele von ihnen traten an uns mit der Bitte heran, ihnen die Wege zur Erlangung eines Berufes ebnen zu helfen. In große Verlegenheit wären wir aber gekommen, wenn die Lutherstiftung nicht in bereitwilligster Weise uns entgegengekommen wäre. Wir haben Summen von 75 bis 150 \mathcal{M} für einzelne Fälle erlangt, Summen, die ausreichen, um Kindergärtnerin, Buchhalterin usw. werden zu können. Wie viele Seminaristinnen aber unterstützt die Lutherstiftung auch mit fortlaufenden Zuwendungen. Wenn wir nun bedenken, wie durch die Gewährung einer solchen Unterstützung ein ganzes Menschenleben in eine andre Bahn gebracht werden

kann, welche ungeheure Zinsen durch den fortlaufenden Erwerb solche Kapitalien bringen, dann wird man es verstehen, daß ich die Lutherstiftung als ein sehr wichtiges Reis an dem Baume der Wohltätigkeitseinrichtungen betrachte.

Magdeburg. Der Landesverein preußischer technischer Lehrerinnen hält vom 26. bis 30. März cr. seine 8. Generalversammlung in Magdeburg ab.

Halle a. S. [Riesenschulkörper]. Die Stadt Halle a. S. hat unter ihren Mittel- und Volksschulen Anstalten mit 31, bzw. 34 und 37 Klassen. Solche Massenschulen müssen des inneren Zusammenhanges entbehren, der erst geeignet ist, der gesamten Schule, Lehrern und Kindern, den Charakter einer großen Familie zu geben. Ohne dies Gefühl innerer Bindung verflüchtete sich ein großer Teil der erzieherischen Einwirkung. In Großstädten, wo das Kind schon naturgemäß den einzelnen Autoritäten ferner steht als in kleineren Verhältnissen, ist das doppelt bedauerlich.

Amtliches.

Ernannt, berufen, bestätigt, endgültig angestellt im Volksschuldienste.

Lehrer: Hink zum Hauptlehrer in Rogau, Kr. Oppeln, Johann Zaiczek in Ober-Wilcza, Kr. Rybnik, Franz Wittig in Zawada, Kr. Rybnik, Georg Frost in Ruptau, Kr. Rybnik, Richard Redlich in Lenschütz, Kr. Cosel, Robert Grüner in Biskupitz, Kr. Beuthen O/S., Theobald Halm in Kneja, Kr. Rosenberg, Eduard Purschke in Königsdorf, Kr. Leobschütz, Albert Weißmann in Sobran, Kr. Rybnik, Robert Zock in Vogtsdorf, Kr. Oppeln, Georg Hoffmann in Zyrowa, Kr. Gr.-Strehlitz, Ernst Pelka in Langendorf, Kr. Tost Gleiwitz, Adolf Schablitzki in Dirschel, Kr. Leobschütz, Franz Thienel in Kandrzin, Kr. Cosel, Emil Modlich in Zwonowitz, Kr. Rybnik, Paul Moreinczyk in Belk, Kr. Rybnik, Anton Schindelek in Kostucha, Kr. Pleß, Karl Globm in Zaborze, Kr. Zabrze, Florian Oppitz in Busow, Kr. Rosenberg O/S., Georg Weiland in Romanshof, Kr. Rybnik, Richard Kuchendorf in Kujaw, Kr. Neustadt O/S., Karl Globisch in Sinsdorf, Kr. Neustadt O/S., Max Hoenke in Miedzna, Kr. Pleß, Georg Proske in Ober-Rydultau, Kr. Rybnik.

Lehrerinnen: Elisabeth Sommer in Zawodzie Kr. Kattowitz, Angela Krause in Dt.-Piekar, Kr. Beuthen O/S.

[Ernannt] d. Rektor Karl Helmke zum Kreisschulinspektor in Falkenberg O/S., d. ev. Seminarlehrer Karl Irmer zum Rektor an der Stadtschule in Trachenberg, d. kath. Hauptlehrer und Kantor a. D. Klitze zum Kantor und Leiter der gewerblichen Fortbildungsschule in Fischbach i/R.

Vereins-Nachrichten.

Schlesischer Lehrerverein.

Betrifft Vereinsstatistik.

Diejenigen Vereine, welche die Zählkarten für die Vereinsstatistik noch nicht an unsern Schriftführer ausgefüllt zurückgesandt haben, werden gebeten, dies umgehend bewerkstelligen zu wollen.

Eingegangen sind folgende Resolutionen:

Am Sonnabend 19. Februar hielt der Lehrerverein Daubitz seine Monatssitzung ab, in welcher endgültig Stellung zur Landlehrerbewegung genommen wurde. Nach langer und lebhafter Debatte wurde ein Antrag Wirsig-Rietschen folgenden Wortlauts mit bedeutender Stimmenmehrheit angenommen: „Der Lehrerverein Daubitz steht nach wie vor auf dem Standpunkte des alten preußischen Lehrervereins.“ Im Anschlusse daran wurde beschlossen, diese Stellung des Vereins in der „Schles. Schulztg.“ zu veröffentlichen.

Eine in Freystadt am 19. Februar stattgefundene Versammlung, die aus Stadt- und Landlehrern bestand, beschloß die Annahme folgender Resolution einstimmig: „Der Pädagogische Verein Freystadt spricht dem Vorstände des Schlesischen Lehrervereins den Dank aus für treue Leitung der Vereinsangelegenheiten und will auch ferner festhalten am Ganzen, da eine Trennung eine Selbstschädigung bedeutet.“

Der Geschäftsführende Ausschuß.

Spar- und Darlehnskasse für Lehrer und Lehrerinnen zu Breslau, e. G. m. b. H.

Generalversammlung

Mittwoch, den 9. März, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Saale von Paschkes Restaurant, Taschenstraße No. 21.

Tagesordnung.

1. Geschäfts- und Kassenbericht für 1909.
 2. Bericht des Aufsichtsrates.
 3. Beschlußfassung über den Bericht des gesetzlichen Revisors.
 4. Beschlußfassung über die Genehmigung
 - a. der Bilanz,
 - b. der Gewinnverteilung.
 5. Entlastung des Vorstandes.
 6. Beschlußfassung über die Gehälter der Vorstandsmitglieder.
 7. Wahl von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern.
- Jahresrechnung und Bilanz liegen in unserem Geschäftslokale für unsere Genossen zur Einicht aus.

Der Aufsichtsrat der Spar- und Darlehnskasse für Lehrer und Lehrerinnen zu Breslau,

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

G. von Adlersfeldt, Vorsitzender.

Wirtschafts-Ausschuß des Breslauer Lehrervereins.

Quittung.

Von der Zigarrenhandlung Adolf Weichert Breslau XIII, Kaiser Wilhelmstr. 13, haben wir für 1909 die Summe von 115 \mathcal{M} — einhundertfünfzehn Mark — Provision erhalten, wovon je die Hälfte dem Freistellenfonds der Pflugschaft Breslau des Vereins „Deutsches Lehrerverein“ und der Wirtschaftskasse des Breslauer Lehrervereins zufließt.

G. v. Adlersfeldt.

L. Wilkens.

Nachtrag zur Lieferantenliste. F. A. Prause Tuchhandlung Schuhbrücke 78. 4% Kassen-Rabatt.

L. Wilkens, Goethestraße 61.

Breslauer Lehrerverein. 2. Hauptversammlung. Montag, den 28. Februar 1910, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr pünktlich im großen Saale des Kaufmannsheims Schubbrücke 50/51. 1. Aufnahmen, 2. Mitteilungen, 3. Antrag der Zentrale für Jugendfürsorge auf Gewährung eines Zuschusses zur Besoldung der Polizei-Assistentin, 4. Satzungsänderungen. a. Antrag Sokolowsky u. Gen. § 13 Absatz 3: „Die Mitglieder des Vorstandes sind nach einer dreijährigen Amtstätigkeit nicht unmittelbar wieder wählbar“, zu streichen. b. Antrag des Vorstandes § 3 Satz 1 soll wie folgt lauten: „Mitglied des Vereins können Lehrer und Lehrerinnen werden.“ c. Antrag des Vorstandes § 25 soll folgender Satz angefügt werden: „Anträge auf Satzungsänderungen müssen den Mitgliedern durch den Vorstand spätestens 4 Wochen vor der Beschlußfassung bekannt gegeben werden.“ 5. Erledigung des Antrages Kühne betr. Mietentschädigung der Kollegen ohne eigenen Hausstand. 6. Mittelschullehrer an höheren Schulen (Ref. Kollege Lipinsky). 7. Berichte der Abteilungen und Ausschüsse.

Breslau. [Literarische Abteilung]. Sitzung Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. — Um 8 Uhr Bücherausgabe.

Wirtschafts-Ausschuß des Breslauer Lehrervereins. Sitzung Freitag, den 25. Februar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Goldenen Baum, Messergasse Ecke Oderstrasse.

Dt.-Lissa. Sitzung Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 4 Uhr bei Fuhrmann. 1. Vortrag (Kollege Pantke). 2. Ständiges Referat, 3. Mitteilungen. 4. Gesang.

Dittersbach. [Verein für Naturkunde]. Generalversammlung Donnerstag, den 3. März, nachmittags 5 Uhr im Pleßschen Hofe zu Waldenburg. 1. Über den Phototropismus der Tiere (Kollege Jagsch). 2. Jahresbericht. 3. Kassenbericht, 4. Auslosung von Anteilscheinen. 5. Vorstandswahl. 6. Verschiedenes. Gäste willkommen.

Friedland Bez. Breslau. Sitzung Sonnabend, den 26. Februar, abends pünktlich 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im Vereinslokal. Vortrag (Kollege Foerster).

Gottesberg. Sitzung Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 4 Uhr. 1. Vortrag (Schulz-Rothenbach). 2. Deutsche Schule, 3. Mitteilungen.

Großburg. Sitzung Sonnabend, den 26. Februar nachmittags 4 Uhr bei Weber. 1. Vortrag (Kollege Ranther), 2. Referat, 3. Rechnungslegung, 4. Einziehung der Pestalozzi-Beiträge. 5. Verschiedenes.

Guhrau. [Pädagogischer Verein]. Sitzung Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 4 Uhr. 1. Geschäftliches. 2. Vortrag: Die Gestaltung des Geschichtsunterrichts unter Berücksichtigung neuerer Bestrebungen.

Herrnstadt. Sitzung Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 5 Uhr. Vortrag (Kollege Rüfer).

Katzbach-Neißetal. [Naturkundlicher Verein]. Sitzung Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 5 Uhr in der Brauerei Praußnitz. 1. Der Kampf um den Pol (Herold). 2. Das Staatenleben der Ameisen (Deutschmann). 3. Besichtigung der Wahnschen Kakteen.

Kemnitztal. Sitzung Sonnabend, den 26. Februar im Gerichtskreischam Altkemnitz. 1. Geschäftliches. 2. Vortrag (Kollege Lindner-Matzdorf).

Königszelt. Sitzung Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr im Bahnhofshotel. 1. Vortrag: Der Lehrer als Beamter (Kollege Kabiersch-Nitschendorf). 2. Stellungnahme zur Gleichstellungsbewegung. 3. Mitteilungen und Geschäftliches.

Luzine. Sitzung Sonnabend den 26. Februar nachm. 4 Uhr in Lückewitz. 1. Vortrag: „Unsere Stellung zur Gleichstellungsbewegung und dem Anschreiben des Geschäftsführenden Ausschusses“ (Koll. Appel-Zantkau). 2. Verschiedenes. 3. Tagesfragen.

Ohlau-Süd. Sitzung Freitag, den 25. Februar, nachmittags Punkt 5 Uhr. Vortrag (Hoffmann-Weigwitz).

Landeshut. Sitzung Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 5 $\frac{1}{4}$ Uhr im Vereinslokal. 1. Vortrag Aus der Entomologie (Herr Kreisschulinspektor Förster). 2. Mitteilungen.

Rauscha und Umgegend. Sitzung Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 1 $\frac{1}{2}$ Uhr in Rauscha. Vortrag: Radium (Kollege Scholz-Rauscha eventl. Kollege Baer-Steinkirchen).—Einziehung der Beiträge.

Steinau a/O. Sitzung Sonnabend, den 26. Februar, zur gewohnten Stunde im Vereinslokal. 1. Vortrag: Über Schundliteratur (Kollege Kaßner). 2. Ausgabe von Mitgliedskarten. 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.

Strehlen. Sitzung Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 4 Uhr im Reichsadler. Vortrag: Kometen und Meteore (Kollege Mangliers).

Wohlau-Land. Sitzung Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 5 Uhr im physikalischen Kabinett des Königl. Gymnasiums.

Deutsches Lehrerverein zu Schreiberhau.

4. Quittung.

Für den Bau eines 2. Heimes gingen weiter ein: Hirschberg, Schlesien, Volksschule I 49 \mathcal{M} , Volksschule II 38 \mathcal{M} , kath. Volksschule 22 \mathcal{M} , Liegnitz 5 \mathcal{M} , L.-V. Rensefeld-Stockelsdorf, Oldenburg 25 \mathcal{M} , L.-V. Strasburg, Westpreußen 46,55 \mathcal{M} , L.-V. Güsten, Anhalt, 5 \mathcal{M} , L.-V. Woltersdorf u. U., Pommern 5 \mathcal{M} , L.-V. „a. d. ob. Uchte“, Provinz Sachsen 7 \mathcal{M} , L.-V. Oldenburg, Holstein 10 \mathcal{M} , Kreis L.-V. Forst i. L. 56,50 \mathcal{M} , L.-V. Waldenburg, Schlesien 8 \mathcal{M} , L.-V. Rathenow 33,36, Bez.-L.-V. Hasselfelde i. H. 5 \mathcal{M} , L.-V. Daubitz, Schlesien 5 \mathcal{M} , L.-V. Bartschin, Posen 19 \mathcal{M} , L.-V. Trebnitz, Schlesien 20 \mathcal{M} , L.-Konf. Kiel-Land 20 \mathcal{M} , L.-V. Mildstedt, Schl.-H. 17 \mathcal{M} , L.-V. Quedlinburg 28 \mathcal{M} , L.-V. Lütgendortmund 15 \mathcal{M} , L.-V. Meseritz u. U. 18 \mathcal{M} , L.-V. Pellworm, Schl.-H. 8 \mathcal{M} , L.-V. Stettin 67,50 \mathcal{M} , L.-V. Bentschen, Posen 28 \mathcal{M} , L.-V. Gramzow u. U. 12,05 \mathcal{M} , gesammelt im Lehrerverein 6 \mathcal{M} , L.-V. Mazente, Oldenburg 3,10, L.-V. Brieg, Bez. Breslau 20 \mathcal{M} , Magdeburger Schulen 321,30 \mathcal{M} , L.-V. Eldagsen, Hann. 7 \mathcal{M} , L.-V. Delitzsch u. U. 26 \mathcal{M} , L.-V. Gottesberg, Schlesien 25 \mathcal{M} , Pädag. Gesellsch. Eberswalde 21,50 \mathcal{M} , L.-V. Oldesloe, Schl.-H. 20 \mathcal{M} , L.-V. Marne u. U., Ditm. 25 \mathcal{M} , L.-V. Wissek u. U. 8,50 \mathcal{M} , L.-V. Büsum, Holst. 5 \mathcal{M} , L.-V. Mühlhausen, Thüringen 106 \mathcal{M} , Kreis-L.-V. Insterburg 10 \mathcal{M} , L. Gradowki u. Esch, Insterburg je 3 \mathcal{M} , L.-V. Brunsbüttel, Ort 10 \mathcal{M} , L.-V. d. Insp. Vilsen, Hann. 20 \mathcal{M} , L. d. St. Gera-R. 42,80 \mathcal{M} , L.-V. Goslar a. H. 25 \mathcal{M} , L.-V. Stendal 34,25 \mathcal{M} , L.-V. Landeck, Westpreußen 6,55 \mathcal{M} , L.-V. Guben 94,50 \mathcal{M} , L.-V. Stade 20 \mathcal{M} , L.-V. Hannover-Linden 329,80 \mathcal{M} , L.-V. Hubertusberg, Anh. 10,05 \mathcal{M} , L.-V. Cammin, Pomm. 18,05 \mathcal{M} , Bez. L.-V.-Meiningen 5 \mathcal{M} , L.-V. Sypniewo, Westpreußen 2 \mathcal{M} , R. K. in K. 1 \mathcal{M} , L.-V. Rotenburg, Hann. 25 \mathcal{M} , L.-V. Nassow u. U., Pomm. 5 \mathcal{M} , L.-V. Uchte, Hann. 15 \mathcal{M} , L.-V. „a. d. Elbe“, Harburg 20 \mathcal{M} , Hamburger Schulen 800 \mathcal{M} , L.-V. Plötzkau, Anh. 10,75 \mathcal{M} , L.-V. Schöneberg bei Berlin 50 \mathcal{M} , L.-V. Liebenwerda 11 \mathcal{M} , Rekt. Tüngler, Kelbra a. Kyffh. 5 \mathcal{M} , Fr. L.-V. Labischin, Netze 5 \mathcal{M} , L.-V. Albersdorf, Holst. 18 \mathcal{M} , L.-V. Barby u. U. 14 \mathcal{M} , L.-V. Bordschholm, Schl.-H. 5 \mathcal{M} , L.-V. Landeshut, Schlesien 10 \mathcal{M} , L.-V. Schochwitz u. U., Pr. Sachsen 5 \mathcal{M} , L.-V. Anklam 5 \mathcal{M} , L.-V. Berlin-Land-Teltow 30 \mathcal{M} , L.-V. Kreuzburg, Oberschl. 54,50 \mathcal{M} , L.-V. Salzwedel 26,05 \mathcal{M} , Torgauer L.-V. 25 \mathcal{M} , L.-V. f. Lägerdorf u. U., Schl.-H. 10 \mathcal{M} , L.-V. Allerheiligen, Schlesien 17 \mathcal{M} , Ev. Volksschule Cunnersdorf i. Ries. 10 \mathcal{M} , Breslau: Schule 69 2 \mathcal{M} , II 2 \mathcal{M} , XIX 2 \mathcal{M} , XXVI, XXVIII, XLIV zusammen 21,50 \mathcal{M} , 48, VI, XXI zusammen 14 \mathcal{M} , Berlin: 198. Gem.-Schule 5,25 \mathcal{M} , 126. Gem.-Schule 8,50 \mathcal{M} , 143. Gem.-Schule 3 \mathcal{M} , 3. L.-Konf. Barmstedt, Holstein 15,05 \mathcal{M} , Verein Hamburger Landschullehrer 16 \mathcal{M} , Summe aller bisher eingegangenen Beiträge: 7172,55 \mathcal{M} . Herzlichen Dank!

Hirschberg, Schlesien, den 28. Januar 1910.

Die Geschäftsführende Kommission.

Lenich, Kassierer.

Münsterberger 1882-1885.

Unterzeichnete laden die lieben Kursusbrüder zu einer Wiedersehensfeier am 3. Osterfeiertage nach Breslau ein. Anmeldungen und Wünsche bitten wir bald an Nitsche, Breslau III, Berlinerplatz 14, zu richten, an den auch auf Vorschlag einiger Freunde ein Festbeitrag von 4 \mathcal{M} (für Diner usw.) eingesandt werden möchte. Näheres nach der Anmeldung brieflich.

Giesel, Günther, Nitsche.

Öls 1897-1900.

Liebe Kursusbrüder! Der Unterzeichnete bittet um freundliche Mitteilung, ob ihr damit einverstanden seid, daß wir unsere Wiedersehensfeier am Mittwoch nach Pfingsten (18. Mai) in Breslau veranstalten. Die hiesigen Kursusbrüder haben sich schon in diesem Sinne entschieden. Mit herzlichem Gruß

K. Pohl,
Breslau X, Bismarckstr. 27 III.

Ihre am 14. Februar 1910 erfolgte Vermählung beehren sich anzuzeigen

Deutsch-Jägel, Kr. Strahlen
Gerhard Kutzner
und Frau Elfriede geb. Nickel.
Münsterberg 1901-1904.
Sagan 1907.

Heut erhielt unser lieber Reinhard ein munteres Schwesterchen.
Breslau, den 19. Februar 1910.
Herdainstr. 108.

A. Raabe
und Frau geb. Strauch.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Sonntagsmädels zeigen hochofret an

Gr.-Wartenberg,
den 20. Februar 1910.
Ernst Haase
und Frau Franziska geb. Stanek.

Die glückliche Geburt eines strammten Sonntagsmädels (Ursula) zeigen hochofret an

Primkenau, 20. Februar 1910
Oswald Thäslor
und Frau Berta geb. Klose.

Nach langem, schweren Leiden verschied in Kattowitz am 15. Februar d. J.

Herr Franz Thomas,

Lehrer in Kallendorf, Kr. Schweidnitz, im blühenden Alter von 24 Jahren. Der unterzeichnete Verein verliert in dem Verstorbenen einen lieben pflichteifrigen Kollegen, dem er stets ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Der Saaraner Lehrerverein.

Anlässlich des Heimganges unsers lieben Gatten und Vaters, des Direktors

Robert John,

sagen wir allen Freunden und Kollegen des Verstorbenen für die vielen Beweise inniger Teilnahme, insbesondere auch für die erhebenden Grabgesänge, herzlichen Dank.

Agnes und Robert John.

Am 14. Februar verstarb zu Tiefenfurt im Alter von 68 Jahren meine liebe Mutter, verw. Frau Werkführer

Ida Habelt geb. Besser.

Weißholz, 20. Februar 1910.
Gustav Habelt, Kantor.
(Reichenbach 1885-87.)

Fröhlichsdorf bei Freiburg i. Schl. zum 1. April cr. die alleinige ev. **Lehrerstelle** zu besetzen. Bewerbungen sofort an den Ortsschulinspektor Pastor Nehmiz, Freiburg i. Schl. [122b]

Schulentlassungsreden.

Hassheider, 12 Reden zur Entlassungsfeier der Kinder in der Schule. 2. Aufl. Preis 80 \mathcal{P} .
Hafelands Verlag, Minden.

Pianos.



Meine Fabrikate zeichnen sich besonders aus durch ideale Tonschönheit, größte Haltbarkeit, leichte Spielart, vornehm. Äußere, mäßige Preise, so daß dieselben mit Recht von den ersten Musikautoritäten, wie allgemein gern gekauft und empfohlen werden.

Überspielte
Pianos

äußerst preiswert
stets auf Lager.

Kostenlose Probeflieferung. Günstige Zahlungsweise.
20 Jahre Garantie. Neuester Prachtkatalog kostenlos.

G. Wolkenhauer, Stettin 9.

Pianoforte-Fabrik. — Hoflieferant. [345 G]
Ehrenmitglied der Pestalozzivereine der Provinzen Pommern und Posen.

Niederlage bei Herrn M. Zur in Beuthen O/Schl.

Bekanntmachung.

An der hiesigen evangelischen Volksschule ist zum 1. April d. J. die Stelle eines

Lehrers

zu besetzen. Besoldung nach dem Gesetz vom 26. Mai 1909.

Bewerbungen mit Lebenslauf und beglaubigten Zeugnisabschriften sind bis spätestens zum 1. März cr. bei uns einzureichen. [116 b]

Militisch, den 8. Februar 1910.

Der Magistrat.

An der hiesigen städtischen Mittelschule ist zum 1. Oktober cr. eine

Mittelschullehrerstelle

zu besetzen. Grundgehalt 1700 \mathcal{M} , Mietsentschädigung 480 \mathcal{M} , Alterszulagen wie Volksschullehrer. Bewerbungen von geprüften, evangelischen Mittelschullehrern nehmen wir bis zum 10. März cr. entgegen. Erwünscht ist die Befähigung für Naturwissenschaften oder für Französisch und Deutsch. [139 a/b]

Magistrat Brieg.

An dem Waisenhaus „Kaiser-Wilhelmstift“ zu Beuthen O/S. ist zum 1. April d. J. die zweite **Lehrerstelle** mit einem unverheirateten, evangelischen, seminaristisch gebildeten Lehrer zu besetzen. Gehalt neben freier Wohnung, Beheizung und Beleuchtung jährl. 1400 \mathcal{M} . Meldungen und Anfragen sind an den Vorstand zu richten.

Der Vorsitzende

Dr. Trappenberg,

Kgl. Landrat. [143 a/c]

Darlehen

gewährt die Spar- und Darlehnskasse für Lehrer und Beamte zu **Königshütte O/S.** Spareinlagen werden mit 4-4 $\frac{3}{4}$ % verzinst. Mitgliederzahl über 1500.

Breslauer Kindergarten-Verein, Vorwerksstraße 14a.

Ostern beginnen neue Kurse: [98 d]

Kindergärtnerinnen-Seminar.
Kinderpflegerinnen-Bildungs-Anstalt.

Prospekte, Auskunft, Stellenvermittlung, Pensionsnachweis durch die Inspektion Vorwerksstraße 14a, Breslau VIII.

Schülerinnen früherer Kurse für Stellungen gesucht.

BRAUSE &
Co.
JSERLOHN



Soeben erschien in unserem Verlage:

K. Fischer und J. Heimann

Ratgeber

für die

Berufswahl der Volksschüler

Mit tabellarischer Übersicht!

40 Seiten. Preis 20 \mathcal{P} (Einzelexemplar Porto 5 \mathcal{P})
und

Ratgeber

für die

Berufswahl der Volksschülerinnen

40 Seiten. Preis 20 \mathcal{P} (Einzelexemplar Porto 5 \mathcal{P}).

Warm empfohlen allen Leitern von Knabenschulen von der königlichen Regierung zu Breslau laut Verfügung vom 17. November v. J.

Glänzend besprochen von der Handwerkskammer zu Breslau!

Vorzüglich geeignet für alle abgehenden Schüler.

Breslau

Priebatsch's Buchhandlung

Lehrmittel-Institut

Vermischtes.

Westinette. Als ich kürzlich das Schaufenster eines hiesigen größeren Herrenkleidergeschäfts besichtigte, so schreibt der Gothaer L. Lencer der Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, bemerkte ich ein eigenartiges Kleidungsstück, eine Herrenweste, die sich von der gewöhnlichen Weste dadurch unterscheidet, daß sie keinen Rückenteil hat. Unter diesem neuzeitlichen Erzeugnis der Schneiderkunst befand sich der Tauschein des jungen Erdenbürgers,

der den stolzen Namen „Westinette“ trägt. Als ich dies las, fühlte ich mich in meinem deutschen Sprachgefühl verletzt, und es kam mir der Gedanke: wann wirst du, deutscher Michel, zu dem Bewußtsein gelangen, welche Schönheit der deutschen Muttersprache eigen ist, und welchen unendlichen Reichtum ihr Wortschatz in sich birgt, so daß du es fürwahr nicht nötig hast, ein deutsches Wort zu verstümmeln und mit welscher Endung zu versehen? Du darfst dich versichert halten, daß das vorerwähnte Erzeugnis deiner Kunst für [Fortsetzung in der zweiten Beilage.]

I. **Auguste-Viktoria-Schule** (höhere Mädchenschule und Realgymnasial-Studienanstalt) zu **Liegnitz**.

Zum 1. Juli oder spätestens zum 1. Oktober d. J. ist eine Stelle mit einer pro fac. doz. geprüften **Oberlehrerin** zu besetzen. Gehalt nach dem für Knabenschulen eingeführten Normaletat. Wohnungsgeldzuschuß 880 *M.* Erforderlich ist Lehrbefähigung in Latein für alle Klassen. Meldungen mit den erforderlichen Nachweisen sind bis zum 1. März d. J. einzureichen.

II. **Mädchenmittelschule** zu **Liegnitz**.

Zum 1. April d. J., spätestens aber zum 1. Oktober sind zwei Stellen mit geprüften **Mittelschullehrern** zu besetzen. Grundgehalt 1700 *M.*, Ortszulagen je nach dem Dienstalter 50–400 *M.*, Mietsentschädigung 580 *M.*, Alterszulagen wie an Volksschulen. Erforderlich ist für eine Stelle Lehrbefähigung in Naturwissenschaften. Meldungen mit den erforderlichen Nachweisen sind baldigst einzureichen.

Liegnitz, den 14. Februar 1910.

Der Magistrat.

Seminar-Präparanden-Anstalt Oels.

Aufnahmeprüfung Montag, den 7. März 1910, vormittags 10 Uhr. Bei der Anmeldung sind vorzulegen: Geburts- oder Tauschein, beide Inupfscheine, kreisärztliches Gesundheitszeugnis, Schulzeugnis. Zu jeder Auskunft bereit

44c] Der Königliche Seminardirektor.

Zwecks Prüfung und Einführung

bitten wir **zur Ansicht** zu verlangen die als ganz vorzüglich bekannten **Hilfsmittel für den Unterricht** von

Wilhelm Missalek

Hilfsmittel für den deutschen Unterricht.

Bereits ca. 150 000 Exemplare im Umlauf.

Rechtschreibübungen

Schülerheft I (Unterstufe) 24 S. 4. Aufl. 1910. 15 *℥*.
Schülerheft II (Mittel- u. Oberstufe) 32 S. 4. Aufl. 1909. 20 *℥*.

Lehrerheft (Diktierstoffe) zu beiden Heften 3. Aufl. 60 *℥*.

Sprachlehre

in Beispielen und Übungen für die Schüler der Mittel- und Oberstufe

Heft I für die Mittelstufe (28 S.) 2. Aufl. 20 *℥*.
Heft II für die Oberstufe (56 S.) 2. Aufl. 30 *℥*.

Die grundlegenden Übungen in der Rechtschreibung

(48 S.) 5. Aufl. 1910. 25 *℥*.

Kleine deutsche Sprachlehre

Grammatik und Rechtschreibung vereint.
Besonders für einfache Schulverhältnisse geeignet.
(64 S.) 25 *℥*.

Breslau Verlag von Priebsch's Buchhandlung

Soennecken's Schulfedern Nr 111

Deutsches Fabrikat

1 Gros M 1.—
Gewähr für jedes Stück

F. SOENNECKEN Schreibfedern-Fabrik BONN * Muster kostenfrei

Billigster Atlas.

Gabeliers VolksschulAtlas

für die Provinz Schlesien

mit besonderer Berücksichtigung der Heimats- und Vaterlandskunde der Provinz mit 20 Karten, nebst Text zur Heimatkunde, 10 Abbildungen und Charakterbildern und statistischen Angaben.

Preis 40 *℥*. (Porto 10 *℥*.)

Wir senden gern 1 Exemplar zur Ansicht, Betrag wird bei Einführung gutgeschrieben.

Breslau

Verlag von Priebsch's Buchhandlung

Reißbrett u. Zeichenständer

vereint, 30 *℥*fg. an, prakt., D.R.G.M. von bewährt.
Gabriel, Haynau i. Schl.

Nene Chöre!

Milarch, A., op. 30, Zwei Reiterlieder für Männerchor
No. 1 Soldatenliebe,
No. 2 Geh du nur hin, ich hab mein Teil.

Milarch, A., op. 31, Zwei Märlieder f. gem. Chor
No. 1 Allerlei,
No. 2 Mach auch das Ende gut.
Part. 60 *℥*, Stimmen à 10 *℥*.
Schlicht und einfach und echt volkstümlich gehalten.

= Auf Wunsch gern zur Ansicht. =
G. Kreuschmiers Verlagsbuchhdlg., in Bannzlan. [137]

750 Sorten Rosen

— aller Klassen. Hochstämmige und niedrige. — Katalog frei. —
J. Felberg-Leclers, Trier.



Seiler LIEGNITZ

Größte Pianofortefabrik
Ost-Deutschlands

40 000 im Gebrauch.

25 Auszeichnungen. Kgl. Preuß. Staatsmed.

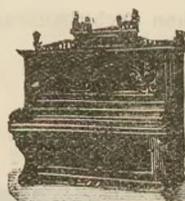
Ideal- Flügel • Pianinos • Harmoniums
BERLIN W. BRESLAU V. LONDON W.
Schillstraße 9 Gartenstraße 48,52 Oxford-Street

Wem's Freude macht!

sich Obstbäume usw. in allen Formen selbst groß zu ziehen, oder gleich tragbare Bäume zu pflanzen, verlange kostenlose Zusendung der Kataloge, Kultur-anweisung und Ausnahmeangebot von

Gebr. Neumann, Baumschulen,
Olbersdorf b. Zittau i. Sa. [109 cff]

Zahlreiche freiwillige Anerkennungen aus allen Ständen und Ländern.



Georg Hoffmann-Pianos

weltbekannte Marke, echt und direkt ausser meiner Fabrik Oranienstrasse 6
nur Berlin SW.74 Leipziger Strasse 50

Filialen unterhalte ich in Berlin nicht
Den Herren Lehrern gewähre bedeutende Preisermässigung und Zahlungs erleichterung, bei Ueberweisung von Käufers holler Provision

Möbel.

Grösstes Etablissement für Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage.

Streng reell. Enorm billige, streng feste Preise. Besichtigung erbeten.

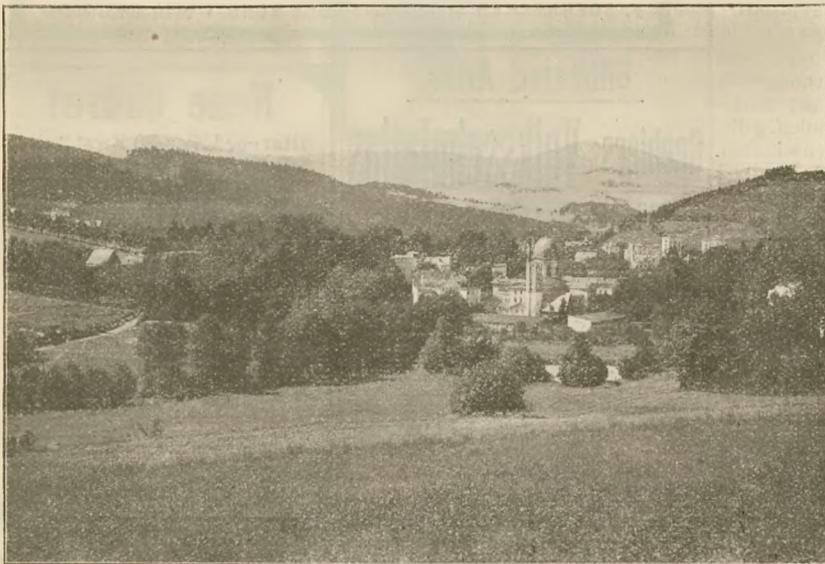
Wir gewähren bei Bareinkäufen auch den Herren Lehrern 5%o Rabatt.

Krimke & Comp., Breslau,

Neue Graupenstrasse 7, am Sonnenplatz.

Ausstellungsräume in sechs Etagen.

17



Bad Landeck in Schlesien.

Illustrationsprobe zu Fox, Landeskunde von Schlesien.



Soeben erschien:

Landeskunde von Schlesien

von

Dr. Robert Fox,

Oberlehrer an der Herderschule in Charlottenburg.

Das Buch ist eine vortrefflich geschriebene Schilderung unserer Heimatprovinz. Es ist geeignet für Lehrerseminare, Präparandenanstalten, zur Vorbereitung auf die Mittelschullehrerprüfung und zum Selbststudium. 38, z. T. sehr seltene Abbildungen schmücken das Buch; 5 Karten sind beigelegt.

Das Buch steht auch zur Ansicht gern zu Diensten.

Preis 2,50 M., elegant gebunden 3 M.

Breslau Priebatsch's Buchhandlung
Lehrmittel-Institut



Neue Schulwandkarte der Provinz Schlesien

Soeben ist in unserem Verlage erschienen:

Priebatsch's
Schulwandkarte von Schlesien

Maßstab 1 : 200 000, Größe 208 : 150 cm

Preis dieser sehr großen Karte aufgezogen auf Leinwand mit Stäben nur **Mk. 15,—**

Diese Karte ist von Dr. Groll, Lektor für Kartenzeichnen an der Universität Berlin, gezeichnet, beruht auf dem neuesten Material, das uns vom Ministerium der Eisenbahnen usw., der Provinzialverwaltung von Schlesien und der amtlichen Landesaufnahme zur Verfügung gestellt worden ist. Die Karte umfaßt den ganzen Zug der Sudeten und enthält außerdem eine Wirtschaftskarte von Schlesien.

Sie übertrifft somit alle bisher erschienenen bei weitem und ist unentbehrlich im: geographischen Unterricht und in der Heimatkunde.

Urteile aus Lehrerkreisen:

Rektor Hühner, Leiter des städtischen Schulmuseums zu Breslau: „Die Karte hat meinen vollen Beifall.“

Katholischer Lehrerverein Solrau O/S.: „Sie wurde als beste Karte von Schlesien allseitig anerkannt.“

Priebatsch's Buchhandlung, Lehrmittel-Institut
Breslau I

J. Grosspietsch,

Inh. R. Heckel.

Königl. Sächsischer und Herzoglich Mecklenb. Hoflieferant.

Breslau II,

Schweidnitzer Stadtgraben 22.

Fernsprecher 136.

KATTOWITZ.

Flügel, Pianinos, Harmoniums.

Klavierspielapparat Pianola.

12

Gebrauchte und sorgfältigst wiederhergestellte Instrumente stets in Auswahl vorrätig.

Von gebleichten Garnen gewebte

reinleinen, halbleinen

Handentuche,

zu Leib- und Bettwäsche,
Tisch- und Handtüchern,

sowie bunten

Züchen und Inletten

empfiehlt zum direkten Bezuge die
Weberei von 1883-12

Otto Vöcks

in Grüssau, Bez. Liegnitz, Schlesien.
Gegr. 1865. — Originalmusterbücher frei.

Tausende Rancher empfehlen

meinen garantiert ungeschwefelten deshalb sehr befürmtlichen und gesunden Tabak. 1 La-bats = Pfeife umsonst zu 9 Pf. meines berühmten Förstertabak f. 4,25 rtd. 9 Pf. Vektor-tabak u. Pfeife kosten zus. 5 M. rtd. 9 Pf. Fand-Canaster m. Pfeife M. 6,50 rtd. 9 Pf. holl. Canaster und Pfeife M. 7,50 rtd. 9 Pf. Frankfurter Canaster m. Pfeife f. rtd. 10 M., gegen Nachnahme bitte anzugeben, ob nebenstehende Gesundheitspfeife oder 1 reichgechn. Holzpfeife o. eine lange Pfeife erwünscht.

E. Köller, Bruchsal
(Baden). Fabrik. Weltuf.